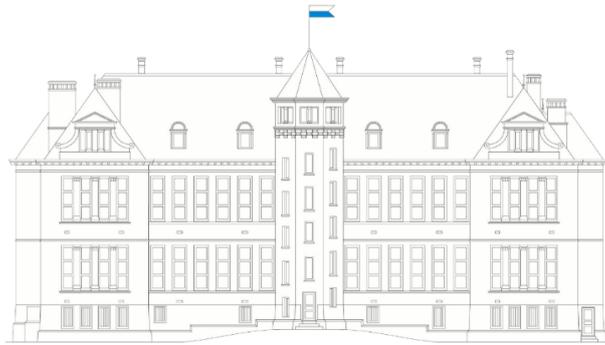


# EUROPABERICHT



**Vertretung des Freistaates Bayern  
bei der Europäischen Union  
in Brüssel**



## EDITORIAL

*Liebe europapolitisch Interessierte,*

für unsere bayerischen und europäischen Landwirte war die zurückliegende Woche eine wichtige Weichenstellung. Das Europäische Parlament hat sich final mit der größten Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik seit 30 Jahren befasst und grünes Licht gegeben. Eine deutliche Mehrheit der Abgeordneten in Straßburg stimmte für die milliardenschwere Agrarförderung ab 2023, mit der die Landwirtschaft in Europa gerechter, grüner und fairer werden soll. Mir ist wichtig, dass damit nun Planungssicherheit und Stabilität für unsere Landwirte in Bayern erzielt wurde: Landwirtschaft und Klimaschutz können nur gelingen, wenn unsere bäuerlichen Betriebe ein gesichertes Einkommen haben. Und dabei ist klar: Wenn es um den Schutz von Boden, Wasser und Artenvielfalt geht, sind unsere Bauern ein Teil der Lösung, ein ganz entscheidender Teil!

Als Bayerische Europaministerin freut es mich, dass bäuerliche Klein- und Familienbetriebe zukünftig



besonders unterstützt werden. Zum ersten Mal gibt es eine verpflichtende Umverteilung der Direktzahlungen zu Gunsten von kleinen Höfen, indem die Förderung der „ersten Hektare“ aufgestockt wird. Eine aus bayerischer Sicht besonders wichtige Maßnahme, denn genau diese Betriebe liegen uns am Herzen. Sie machen die Stärke der bayerischen Landwirtschaft aus. Es gilt sie zu schützen und zu erhalten. Sie sind nicht nur ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor in den Regionen, sondern

leisten einen unschätzbaren Dienst für unsere Natur- und Kulturlandschaft.

Um unsere Landwirtschaft zukunftsfähig zu machen, brauchen wir zudem engagierten Nachwuchs und Hofnachfolger. Sie sollen diesen systemrelevanten, vielseitigen und naturverbundenen Beruf mit Freude ausüben. Deshalb begrüße ich es sehr, dass die GAP-Reform für sie in Zukunft ein extra Förderprogramm vorsieht. Das Bundeskabinett hat ebenfalls den Gesetzen zur Umsetzung der Gemeinsamen Agrarpolitik zugestimmt. Die Inhalte der Verordnungen fußen auf parteiübergreifenden Beschlüssen der Agrarministerkonferenz. Meine Kabinettskollegin im Bayerischen Landwirtschaftsministerium, *Michaela Kaniber*, hat hier die Anliegen unserer bayerischen Betriebe erfolgreich eingebracht. Durch den Kabinettsbeschluss ist nun eine Verabschiedung der Verordnungen am 17.12.2021 im Bundesrat möglich. Das ist Voraussetzung dafür, den nationalen Strategieplan der Europäischen Kommission fristgerecht zum 01.01.2022 zur Genehmigung vorzulegen.

Einen kraftvollen Rahmen für den Schutz, die Wiederherstellung und die nachhaltige Nutzung unserer Böden setzt die neue Bodenstrategie der Europäischen Kommission. Die darin aufgezeigte Vision, bis zum Jahr 2050 bei allen Bodenökosystemen in der Europäischen Union einen gesunden Zustand zu erzielen, ist ambitioniert



Europabericht der Vertretung des Freistaates Bayern bei der EU  
Nr. 19/2021 vom 26.11.2021



und bedarf im Hinblick auf Flächenverbrauch, Stoffeinträge, Erosion und Sanierungsbedarf von belasteten Bodenflächen noch großer Anstrengungen. Gesunde Böden sind freilich eine wesentliche Basis für die Widerstandsfähigkeit gegenüber dem Klimawandel, die Umkehrung des Verlustes der biologischen Vielfalt und den Schutz der menschlichen Gesundheit. Der Erhalt aller Bodenfunktionen ist eine wichtige Voraussetzung für eine nachhaltige, ökologische und soziale Entwicklung unserer Gesellschaft. Nur mit gut funktionierenden Böden sind sauberes Wasser und gesunde Lebensmittel für uns alle zu erzielen.

In diesem Sinne: Wieder einmal hat sich der Einsatz Bayerns in Brüssel gelohnt!

*Ihre Melanie Huml*

*Melanie Huml*



EDITORIAL .....	2
<b>POLITISCHE SCHWERPUNKTE, INSTITUTIONELLES UND MEDIEN.....</b>	<b>9</b>
RATSPRÄSIDENTSCHAFT.....	9
Tagung der EU-Europaminister: Vorbereitung des Europäischen Rates, Krisenvorsorge, Rechtstaatlichkeitsdialog und Brexit.....	9
Tagung der EU-Entwicklungsminister: Schwerpunktthema Wasser .....	9
Tagung der EU-Verteidigungsminister: Neue gemeinsame Projekte im Bereich Luft- und Raumfahrt ....	10
Tagung der EU-Außenminister: Neues Sanktionsinstrument gegen Belarus .....	10
EUROPÄISCHES PARLAMENT .....	11
Plenartagung vom 22.–25.11.2021: Gemeinsame Agrarpolitik, EU-Haushalt 2022, Belarus.....	11
Europäische Volkspartei nominiert die Malteserin <i>Roberta Metsola</i> als Kandidatin für die nächste EU- Parlamentspräsidentin .....	12
INSTITUTIONELLES.....	12
Rechtsstaatlichkeit: Mögliche Strafen für Polen und Ungarn – Kommission fordert Informationen an.....	12
INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN .....	13
Afrika: Team Europe spendet rund 100 Millionen Impfdosen an afrikanische Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen .....	13
MEDIEN .....	13
Kommission präsentiert Vorschläge zur Regelung politischer Werbung .....	13
Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation: Kommission gewinnt Unterstützung von Twitch, Adobe, Reporter ohne Grenzen und 13 weiteren Akteuren.....	14
<b>STAATSMINISTERIUM DES INNERN, FÜR SPORT UND INTEGRATION .....</b>	<b>15</b>
COVID-19 .....	15
Kommission schlägt Überarbeitung der beiden Ratsempfehlungen zu Freizügigkeit und Einreisen aus Drittstaaten vor .....	15
Erneute Überarbeitung der Positivliste einreiseberechtigter Drittstaaten.....	15
ASYL UND MIGRATION .....	16
EU erweitert Sanktionen als Reaktion auf die Instrumentalisierung von Migranten durch Belarus .....	16
Kommission legt Maßnahmenbündel gegen Instrumentalisierung von Migranten durch Belarus vor .....	16
EuGH urteilt zur Strafbarkeit von Hilfeleistungen an Asylbewerber nach ungarischem Recht.....	17
SEXUELLER KINDESMISSBRAUCH ONLINE .....	17
Virtuelle Ministerkonferenz verabschiedet gemeinsame Erklärung zur Bekämpfung des sexuellen Kindesmissbrauchs.....	17
TERRORISMUS .....	18
Evaluierung der Richtlinie zur Terrorismusbekämpfung.....	18
EuGH bestätigt Rechtsakte des Rates, mit denen die Hamas auf der europäischen Liste terroristischer Organisationen belassen wird .....	18



WAHLEN.....	19
Kommission legt neue Vorschriften für politische Werbung, Wahlrecht und Parteienfinanzierung vor ....	19
DATENSCHUTZ.....	19
EuGH urteilt zur Einblendung von Werbenachrichten in der E-Mail-Inbox .....	19
STRAßENVERKEHRSSICHERHEIT .....	20
Kommission veröffentlicht finale Statistik über Verkehrstote im Jahr 2020.....	20
SPORT .....	20
Europäisches Parlament nimmt Entschließung zu europäischem Sportmodell an.....	20
<b>STAATSMINISTERIUM FÜR WOHNEN, BAU UND VERKEHR .....</b>	<b>22</b>
<b>SCHIENENVERKEHR .....</b>	<b>22</b>
Kommission eröffnet Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland zur Marktöffnung für Schienenpersonenverkehrsdienste .....	22
Eurostat veröffentlicht Zahlen zum Schienengüterverkehr in 2020.....	22
<b>STRAßENVERKEHR.....</b>	<b>22</b>
Eurostat veröffentlicht Zahlen zum Straßengüterverkehr in 2020.....	22
Konsultation zu den Lenk- und Ruhezeiten für Kraftomnibusfahrer.....	22
Kommission prämiert Initiativen für mehr Straßenverkehrssicherheit.....	23
<b>LUFTVERKEHR .....</b>	<b>23</b>
EU und Armenien unterzeichnen Luftverkehrsabkommen.....	23
<b>UMWELT.....</b>	<b>23</b>
Konsultation zur Berechnung von Treibhausgasemissionen im Güter- und Personenverkehr.....	23
<b>BAUEN UND WOHNEN.....</b>	<b>24</b>
Eurostat veröffentlicht Zahlen zur Produktion im Baugewerbe für September 2021 .....	24
<b>STAATSMINISTERIUM DER JUSTIZ.....</b>	<b>25</b>
Generalanwalt am EuGH: Deutsche Verkehrsdatenspeicherung verstößt gegen EU-Recht .....	25
EuGH: Justizminister Polens hat zu weitreichende Befugnisse .....	25
EuGH: Umgang der ungarischen Justiz mit Vorabentscheidungsverfahren unionsrechtswidrig .....	26
EuGH urteilt zu internationaler Zuständigkeit in Ehesachen .....	26
Fortschrittsbericht zur Überarbeitung der Verbraucherkredit-Richtlinie .....	27
Fortschrittsbericht zum Richtlinien-Vorschlag zur Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen... ..	27
Unternehmensberichterstattung: Konsultation zur Verbesserung der Qualität und Durchsetzung.....	27
Kommission startet öffentliche Konsultation zu Überarbeitung von Hypothekarkrediten.....	28
Kommission sondiert zu Vorschriften für die Übertragung von Strafverfahren .....	28
Europäische Staatsanwaltschaft ernannt Delegierte Europäische Staatsanwälte aus Slowenien .....	28
Evaluierung der Richtlinie zur Terrorismusbekämpfung.....	29



STAATSMINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND KUNST .....	30
Arbeitsprogramm 2022 für Erasmus+ angenommen .....	30
Rat bringt institutionalisierte Partnerschaften unter Horizont Europa auf den Weg .....	30
Europäisches Innovations- und Technologieinstitut unterstützt Hochschulen bei unternehmerischen und innovativen Fähigkeiten .....	31
Bericht „She Figures 2021“ zur Geschlechtergleichstellung in Forschung und Innovation veröffentlicht .....	32
STAATSMINISTERIUM DER FINANZEN UND FÜR HEIMAT .....	33
Jährliche Herbstprognose der Kommission zur Wirtschafts- und Finanzentwicklung .....	33
ECOFIN: erzielte Einigung zum EU-Haushalt 2022 .....	33
EZB-Direktoriumsmitglied <i>Panetta</i> zu digitalem Euro .....	34
Öffentliche Konsultation zur geplanten Überarbeitung der Leitlinien für staatliche Beihilfen für Breitbandnetze .....	34
EU-HAUSHALT .....	34
Herbstpaket der Kommission 2022 zum Europäischen Semester .....	34
STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, LANDESENTWICKLUNG UND ENERGIE ...	36
WIRTSCHAFT MIT BINNENMARKT UND INDUSTRIE .....	36
Kommission legt Mitteilung zur Wettbewerbspolitik vor .....	36
Kapitalmarktunion: Kommission legt Maßnahmenpaket zur Stärkung der Kapitalmarktunion vor .....	36
Herbstpaket der Kommission 2022 zum Europäischen Semester .....	37
Gesetz über Digitale Märkte: Positionen des Rates und des Parlaments angenommen .....	37
Gesetz über Digitale Dienste: Positionen des Rates angenommen .....	38
Digitalisierung des Finanzsektors: Rat legt Positionen zur Verordnung über Märkte für Kryptowerte und zur Verordnung über digitale Betriebsstabilität fest .....	38
Kritische Rohstoffe: Europäisches Parlament nimmt EntschlieÙung an .....	39
Arzneimittel: Europäisches Parlament nimmt EntschlieÙung zur Arzneimittelstrategie an .....	39
Staatliche Beihilfen: Kommission nimmt überarbeitete Mitteilung über wichtige Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse an .....	40
Staatliche Beihilfen: Kommission verlängert Befristeten Beihilferahmen .....	40
Staatliche Beihilfen: Kommission genehmigt deutsche Maßnahme zur Unterstützung der Messe- und Kongressbranche .....	40
Staatliche Beihilfen: Kommission genehmigt Änderungen am paneuropäischen Garantiefonds für Unternehmen .....	41
Staatliche Beihilfen: Kommission nimmt neue Anhänge zu ETS-Leitlinien an .....	41
REACT-EU: 11 Mrd. € für 2022 bereitgestellt .....	41
Kohäsionspolitik: Kommission veröffentlicht erste Aufforderung zur Einreichung von Projekten für das Instrument für Interregionale Innovationsinvestitionen .....	42



Start des Start-up Village Forums: Unterstützung von Start-up Unternehmen im ländlichen Raum .....	42
Staatliche Beihilfen: Öffentliche Konsultation zur geplanten Überarbeitung der Leitlinien für staatliche Beihilfen für Breitbandnetze .....	42
Konsultation für eine Verordnung zur Börsennotierung .....	43
Unternehmensberichterstattung: Konsultation zur Verbesserung der Qualität und Durchsetzung.....	43
AUßENWIRTSCHAFT.....	43
Tagung des Handelsministerrats.....	43
Handel: Kommission veröffentlicht Ergebnisse zu Ausfuhrkontrollen und zur Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen .....	44
Bericht der Kommission über Handel und Beschäftigung.....	44
EU, USA und Japan geben gemeinsame Erklärung zur Erneuerung der trilateralen Partnerschaft ab ...	44
ENERGIE .....	45
Vorhaben von gemeinsamem Interesse (PCI) im Energiebereich: Kommission schlägt fünfte Liste vor. 45	
Kommission gibt Gelegenheit zur Stellungnahme für eine neue Strategie für das Handeln im internationalen Energiebereich.....	45
STAATSMINISTERIUM FÜR UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ .....	46
UMWELT.....	46
Kritische Rohstoffe: Europäisches Parlament nimmt EntschlieÙung an .....	46
Daten zur kommunalen Abwasserbehandlung veröffentlicht .....	46
Interaktiver Bericht zu Klimarisiken in Europa veröffentlicht .....	47
Konsultation zur Berechnung von Treibhausgasemissionen im Güter- und Personenverkehr.....	47
Neue Bodenstrategie der EU veröffentlicht .....	47
Vorschlag für eine Novellierung der Abfallverbringungsverordnung veröffentlicht.....	48
Konsultation zur Aktualisierung der Liste invasiver gebietsfremder Arten .....	48
Bericht über die gesundheitlichen Auswirkungen der Luftverschmutzung in Europa .....	49
Bericht über die durch den Klimawandel bedingten Migrationsbewegungen in Afrika .....	49
VERBRAUCHERSCHUTZ .....	50
Konsultation zur Datenerhebung über die Verabreichung von Antibiotika bei Tieren.....	50
EuGH stärkt die Vergleichbarkeit der Nährwertkennzeichnung von Lebensmitteln.....	50
Konsultation zur Vereinfachung und Digitalisierung der Kennzeichnung von chemischen Produkten.....	51
Kommission startet öffentliche Konsultation zur Überarbeitung von Hypothekarkrediten .....	51
Konsultationen zu Regelungen bezüglich EU-Referenzlaboratorien auf dem Gebiet der In-vitro-Diagnostik .....	51
STAATSMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN .....	52
Aktueller Stand der GAP-Reform .....	52
Tagung Agrarrat.....	52
AGRI-Ausschuss diskutiert mit Vertretern der nationalen Parlamente GAP-Strategiepläne .....	53



Kommission nimmt Notfallplan für Lebensmittelversorgung und Ernährungssicherheit an .....	53
Eröffnung des „Start-up Village Forums“ .....	54
Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit bestätigt Notfallzulassungen für Neonicotinoide für 2020 und 2021 .....	54
Kommission veröffentlicht Entwaldungsinitiative .....	55
Neue Bodenstrategie der EU veröffentlicht .....	55
<b>STAATSMINISTERIUM FÜR FAMILIE, ARBEIT UND SOZIALES .....</b>	<b>57</b>
Herbstpaket der Kommission 2022 zum Europäischen Semester .....	57
Mindestlohnrichtlinie: Plenum des Europäischen Parlaments billigt Verhandlungsmandat des Beschäftigungsausschusses .....	57
Erasmus+: Fast 4 Mrd. € stehen für Projekte zur Förderung von Mobilität und Lernen bereit .....	57
Europäisches Solidaritätskorps: Kommission fördert Freiwilligentätigkeiten im Jahr 2022 .....	58
EU-Preis für Innovationsleistungen von Frauen zeichnet Vorbilder aus .....	58
EuGH urteilt über finanzielle Abgeltung für nicht genommenen Urlaub .....	58
Kommission setzt Expertengruppe zur Zukunft des Sozialschutzes ein .....	59
<b>STAATSMINISTERIUM FÜR GESUNDHEIT UND PFLEGE .....</b>	<b>60</b>
EMA empfiehlt Biontech-Impfung für Kinder ab 5 Jahren .....	60
ECDC warnt vor weiter steigenden Infektionszahlen und mahnt, Impflücken zu schließen .....	60
Zertifikate aus Georgien, Moldawien, Neuseeland und Serbien anerkannt .....	60
COVID-19: EMA erhält Zulassungsantrag für Lagevrio (Molnupiravir) .....	60
EMA gibt Ratschläge zur Verwendung von Lagevrio (Molnupiravir) .....	61
COVID-19: EMA beginnt mit Überprüfung von Paxlovid .....	61
Novavax beantragt Zulassung von Impfstoff in der EU .....	61
EMA prüft die Zulassung des COVID-19 Medikaments Xevudy .....	62
Rückgang beim Gesamtverbrauch von Antibiotika .....	62
Rat setzt Indonesien auf die Liste der Länder, für die die Reisebeschränkungen aufgehoben werden sollten.....	62
Kommission veröffentlicht Strategieplan zur Umsetzung ihres Krebsbekämpfungs-Plans.....	62
Europäisches Parlament legt Standpunkt zu grenzüberschreitenden Gesundheitsgefahren fest .....	63
Europäische Arzneimittel-Agentur gibt grünes Licht für zwei neue COVID-19-Therapeutika.....	63
<b>STAATSMINISTERIUM FÜR DIGITALES .....</b>	<b>64</b>
Gesetz über Digitale Märkte: Positionen des Rates und des Parlaments angenommen .....	64
Gesetz über Digitale Dienste: Allgemeine Ausrichtung des Rates angenommen .....	64
Index für die digitale Wirtschaft und Gesellschaft und eGovernment Benchmark 2021 veröffentlicht.....	64
Konsultation zur Überarbeitung der Leitlinien für staatliche Beihilfen für Breitbandnetze .....	65



## POLITISCHE SCHWERPUNKTE, INSTITUTIONELLES UND MEDIEN

### RATSPRÄSIDENTSCHAFT

#### Tagung der EU-Europaminister: Vorbereitung des Europäischen Rates, Krisenvorsorge, Rechtsstaatlichkeitsdialog und Brexit

Der Rat für Allgemeine Angelegenheiten hat am 23.11.2021 getagt. Es erfolgte ein erster Gedankenaustausch zur Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates am 16./17.12.2021. Hier wurden die Themen Koordinierung COVID-19 Maßnahmen, steigende Energiepreise, Strategischer Kompass (Verteidigung), Migration (Situation an der Grenze zu Belarus) diskutiert. Zudem wurden Schlussfolgerungen zur Verbesserung der Krisenvorsorge, Reaktionsfähigkeit und Resilienz gegenüber künftigen Krisen gebilligt. Weiter erfolgte ein Gedankenaustausch über den Erweiterungs-, Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess für den westlichen Balkan. Die Minister erörterten, wie die Erweiterung am besten vorangebracht werden kann. Der Dialog über die Rechtsstaatlichkeit erfolgte mit der länderspezifischen Aussprache und Schwerpunkt auf die Lage in Kroatien, Italien, Zypern, Lettland und Litauen. Bei der Aussprache über die Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich (v. a. Nordirland-Protokoll) hat der Rat die Notwendigkeit unterstrichen, in einen ergebnisorientierten Modus überzugehen und die von den nordirischen Interessenträgern aufgeworfenen Fragen zu lösen. Zudem stellte die Kommission die Planung ihres Arbeitsprogramms für 2022 vor. Dieses wird zur Entwicklung der gemeinsamen Erklärung über die legislativen Prioritäten für 2022 beitragen, auf die sich die drei Organe (Kommission, Rat und Europaparlament) noch in diesem Jahr einigen werden.

[Tagungsseite des Rates für Allgemeine Angelegenheiten](#) (in englischer Sprache)

#### Tagung der EU-Entwicklungsminister: Schwerpunktthema Wasser

Am 19.11.2021 tagte der Rat für Auswärtige Angelegenheiten in der Formation „Entwicklung“. Im Fokus stand das Schwerpunktthema Wasser. Der Rat erörterte die Herausforderungen und Möglichkeiten im Zusammenhang mit der Wasserbewirtschaftung. Der Blick lag dabei v. a. auf Zentralasien, wo Wasserknappheit eine geopolitische Herausforderung darstellt und die Quelle von Instabilität und Migrationsdruck ist. Als Multiplikator der Bedrohung müsse Wasser – so der Tenor des Rates – Teil der EU-Außenpolitik sein. Die EU will geschlossen und partnerschaftlich mit den vom Klimawandel stark betroffenen Regionen, wie z. B. Zentralasien, handeln, um die Zusammenhänge zwischen Wasserwirtschaft, Energie und Klimawandel anzugehen. Der Rat nahm auch die vorgeschlagene Team Europe-Initiative zu Wasser, Energie und Klima in Zentralasien im Vorfeld des 17. Ministertreffens EU-Zentralasien (Juni 2022 in Duschanbe, Tadschikistan) in den Blick.

[Tagungsseite des Auswärtigen Rates in der Formation Entwicklung](#) (in englischer Sprache)



### Tagung der EU-Verteidigungsminister: Neue gemeinsame Projekte im Bereich Luft- und Raumfahrt

Der Rat der EU-Verteidigungsminister hat am 16.11.2021 getagt und als wichtigstes Ergebnis die Liste der Projekte aktualisiert, die im Rahmen der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit der EU (PESCO) vorangetrieben werden sollen. Damit wird die Liste der 46 derzeit bestehenden Projekte, die seit Dezember 2017 im Rahmen der PESCO entwickelt wurden, um 14 neue Vorhaben ergänzt – v. a. in den Bereichen Luft- und Raumfahrt. Die neuen Projekte sind ein weiterer Schritt hin zu gemeinsamen Investitionen und Entwicklungen im Verteidigungssektor. So füllt das Projekt „Strategischer Lufttransport für übergroße Lasten (SATOC)“ beispielsweise eine kritische Lücke, indem eine europäische Lösung für den Transport von übergroßen und schweren Lasten unter Verwendung eines schrittweisen Ansatzes entwickelt wird. Mit dem Projekt „Mittelgroßes semi-autonomes Überwasserfahrzeug (M-SASV)“ wird ein Fahrzeug mit mehreren Missionsmodulen entwickelt, das eine höhere operative Flexibilität und einen höheren Besatzungsschutz bietet und das für Küsteneinsätze sowie für Marineeinheiten verwendet werden kann. Mit dem Projekt „Kleine ferngesteuerte Flugsysteme (RPAS)“ wird die nächste Generation taktischer Drohnen entwickelt, die für den Einsatz durch militärische Einheiten der See- und Luftstreitkräfte bestimmt sind. Mit dem Projekt „Verteidigung von Weltraumressourcen (DoSA)“ wird die operative Effizienz der EU im Weltraumbereich gesteigert, indem die derzeitigen und künftigen Weltraumressourcen optimal genutzt werden.

[Tagungsseite des Auswärtigen Rates in der Formation Verteidigung](#) (in englischer Sprache)

### Tagung der EU-Außenminister: Neues Sanktionsinstrument gegen Belarus

Die EU-Außenminister haben sich im Rahmen ihrer Tagung am 15.11.2021 auf neue Sanktionen gegen Belarus geeinigt. Damit könne die Staatengemeinschaft nun auch "die Instrumentalisierung von Migranten für politische Zwecke" unter Strafe stellen. Gemäß der zugrunde liegenden Erklärung kann die EU künftig erstmals nicht nur Regierungsmitglieder mit Sanktionen belegen. Diese können nun auch Einzelpersonen und Organisationen treffen, die Belarus dabei helfen, "das illegale Überschreiten der EU-Außengrenzen zu erleichtern". Die neuen Maßnahmen sollen laut dem EU-Außenbeauftragten *Josep Borrell* für Fluggesellschaften, Reisebüros und andere Verantwortliche gelten, die sich an Schleusungen beteiligen. Die Liste der Personen und Unternehmen, deren Vermögen eingefroren werden und gegen die Reiseverbote verhängt werden, wurde in den darauffolgenden Tagen fertiggestellt. Die EU wirft Belarus vor, die Menschen vorsätzlich an die Grenzen zu den EU-Staaten Lettland, Litauen und Polen zu bringen. Tausende Menschen hängen dort seit Wochen bei immer niedrigeren Temperaturen fest, v. a. an der Grenze zu Polen. Polen hat seine Grenze daher bereits massiv verstärkt. Der belarussische Machthaber *Alexander Lukaschenko* bestritt derweil erneut, für die Einreisen der Migranten verantwortlich zu sein, und wies die EU-Sanktionen zurück. Die EU hat bereits viermal Sanktionen gegen Belarus verhängt. Ausgangspunkt war die umstrittene Präsidentenwahl im Jahr 2020, bei der *Lukaschenko* wiedergewählt wurde und im Anschluss daran hart gegen friedliche Demonstranten vorging.

[Tagungsseite des Rates für Auswärtige Angelegenheiten](#)



## EUROPÄISCHES PARLAMENT

### Plenartagung vom 22.–25.11.2021: Gemeinsame Agrarpolitik, EU-Haushalt 2022, Belarus

Das Europäische Parlament (EP) hatte auf seiner Plenartagung in Straßburg folgende Themen im Fokus:

- **Gemeinsame Agrarpolitik (GAP):** Die Abgeordneten stimmten für die GAP-Reform, die 2023 in Kraft treten wird. Es sollen mindestens 10 % der Direktzahlungen zur Unterstützung kleiner und mittlerer landwirtschaftlicher Betriebe bereitgestellt werden und mindestens 3 % des GAP-Budgets an Junglandwirte gehen.
- **EU-Budget:** Das EP billigte den EU-Haushalt 2022. Der Haushalt umfasst nahezu 480 Mio. € an zusätzlichen Mitteln für wichtige Prioritäten wie Gesundheit, junge Menschen und Klimaschutz. Für das Instrument für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit (NDICI/Europa in der Welt) wurden 190 Mio. € zusätzlich bewilligt.
- **Belarus:** Die belarussische Oppositionsführerin *Svetlana Tichanowskaja* hielt im Plenum eine Rede und forderte Europa auf, der Stimme des belarussischen Volkes Gehör zu verschaffen. Sie sagte, die EU solle ihre Sanktionen gegen das Regime mit den USA und dem Vereinigten Königreich koordinieren, damit die Sanktionen „effektiv und nicht nur symbolisch“ seien. In einer Debatte forderten die Abgeordneten eine neue Migrationspolitik, um die Instrumentalisierung von Flüchtlingen zu verhindern.
- **Legale Migration:** Um auf die demografischen Herausforderungen in Europa zu reagieren und die Qualifikationen der Einwanderer mit den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes in Einklang zu bringen, forderten die Abgeordneten ein ehrgeiziges Zulassungssystem für Arbeitnehmer aus Drittstaaten mit geringer oder mittlerer Qualifikation sowie einen Rahmen für die Anerkennung ihrer Fähigkeiten und Qualifikationen.
- **COVID-19:** Die Abgeordneten betonten die Notwendigkeit einer Verstärkung der Impfbemühungen, auch außerhalb der EU. Sie stellten zudem heraus, dass eine bessere Zusammenarbeit zwischen den EU-Mitgliedstaaten erforderlich sei.
- **Arzneimittelstrategie:** In einem angenommenen Bericht formulierte das EP eine Reihe von Empfehlungen für eine neue EU-Arzneimittelstrategie, die darauf abzielt, erschwingliche Arzneimittel, transparentere Preise und robustere Lieferketten sicherzustellen, damit Engpässe vermieden werden können.
- **Kritische Rohstoffe:** Die Abgeordneten forderten die Kommission auf, eine Strategie zu entwickeln, um Europa weniger abhängig von Importen kritischer Rohstoffe zu machen. Bei der Beschaffung solcher Materialien, die für strategische Industrien in der EU von entscheidender Bedeutung sind, sollten ökologische und soziale Mindeststandards eingehalten werden, heißt es in dem Bericht.



- **Sozialversicherungsausweis:** Die Abgeordneten befragten die Kommission zum Stand der Dinge beim Europäischen Sozialversicherungsausweis. Sie forderten die rasche Einführung dieses digitalen Instruments, um den Verwaltungsaufwand für mobile Arbeitnehmer zu verringern.
- **EU-Richtlinie über angemessene Mindestlöhne:** Die Abgeordneten einigten sich auf ein Mandat für Verhandlungen mit dem Rat über die Richtlinie über angemessene Mindestlöhne, mit der ein angemessener Lebensstandard für Arbeitnehmer in allen Mitgliedstaaten sichergestellt werden soll.
- **Istanbul-Konvention:** Anlässlich des Internationalen Tages zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen forderten die Abgeordneten die sechs EU-Mitgliedstaaten, die die Istanbul-Konvention noch nicht ratifiziert haben (Bulgarien, Tschechien, Ungarn, Lettland, Litauen und die Slowakei), auf, dies unverzüglich zu tun.

[Pressemitteilungen des Europäischen Parlaments](#)

### Europäische Volkspartei nominiert die Malteserin *Roberta Metsola* als Kandidatin für die nächste EU-Parlamentspräsidentin

Die größte Fraktion im Europäischen Parlament (EP) – die christdemokratisch-konservative Europäische Volkspartei (EVP) – hat am 24.11.2021 die maltesische Abgeordnete *Roberta Metsola* als ihre Kandidatin für das Amt der nächsten EU-Parlamentspräsidentin nominiert. Allerdings ist es unsicher, ob die EVP tatsächlich die nächste Parlamentspräsidentin stellt. Der sozialdemokratische Amtsinhaber *David Sassoli* will nämlich – entgegen einer ursprünglichen Vereinbarung der Fraktionen von 2019 – für weitere zweieinhalb Jahre an der Spitze des EP bleiben. Der nächste EU-Parlamentspräsident oder die nächste EU-Parlamentspräsidentin soll im Januar 2022 im Rahmen der Plenartagung in Straßburg (17.01.2022 - 20.01.2022) gewählt werden. *Othmar Karas*, langjähriger Europaabgeordneter der ÖVP (AUT) und einer der 14 Vizepräsidenten des EP, hatte neben der niederländischen EU-Abgeordneten *Esther de Lange* ebenfalls kandidiert. Doch die Mehrheit der 178 Abgeordneten der EVP entschied anders und stimmte mit 122 Stimmen für *Roberta Metsola*. *De Lange* erhielt 44 Stimmen, *Karas* 18. Vier Stimmen fehlten. Die 42-jährige Christdemokratin aus Malta soll dem Sozialdemokraten *David Sassoli* voraussichtlich im Januar 2022 nachfolgen. Sie wäre erst die zweite Frau an der Spitze des EP. Erste Präsidentin war die französische Politikerin *Simone Veil* (liegt schon 40 Jahre zurück).

[Pressemitteilung der EVP](#) (in englischer Sprache)

## INSTITUTIONELLES

### Rechtsstaatlichkeit: Mögliche Strafen für Polen und Ungarn – Kommission fordert Informationen an

Die Kommission ist einen Schritt in Richtung möglicher Strafen für Polen und Ungarn wegen mutmaßlicher Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit in den Ländern gegangen. Sie schickte am 19.11.2021 Schreiben an Vertretungen der beiden Staaten, um Informationen anzufordern, die für die Anwendung des sog. EU-



Rechtsstaatsmechanismus relevant sein könnten. Die neue Sanktionsregel ist seit Anfang des Jahres in Kraft. Sie sieht vor, dass EU-Ländern Mittel aus dem Gemeinschaftshaushalt gekürzt werden können, wenn wegen Rechtsstaatsverstößen ein Missbrauch der Gelder droht. Die Regierungen in Ungarn und Polen befürchten, dass das neue Verfahren v. a. gegen sie eingesetzt werden soll. Sie haben deshalb Klage gegen die Verordnung beim EuGH eingereicht. Die Kommission wollte den Mechanismus eigentlich erst auslösen, wenn der EuGH über die Klagen von Ungarn und Polen entschieden hat. Kommissionschefin *Ursula von der Leyen* hatte aber bereits angekündigt, dass sie Briefe verschicken könne, um Informationen einzuholen. In einem nächsten Schritt könnte die Kommission den beiden Ländern dann mitteilen, dass sie davon ausgeht, dass es in Polen und Ungarn Verstöße gegen Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit gibt. Dann müssten Maßnahmen ergriffen werden, etwa weniger EU-Gelder an Warschau und Budapest auszuzahlen. Die nun angeforderten Informationen aus den Ländern fließen in die Beurteilung der Kommission ein, ob die Voraussetzungen für weitere Schritte erfüllt sind.

Ungarn und Polen haben nun zwei Monate Zeit um zu antworten.

[ZEIT Online](#)

## INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN

### **Afrika: Team Europe spendet rund 100 Millionen Impfdosen an afrikanische Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen**

Team Europe, bestehend aus der EU, ihren Institutionen und 27 Mitgliedstaaten, hat am 22.11.2021 gemeinsam mit der Gavi-Impfallianz eine Spende von 99,6 Mio. Dosen des Johnson&Johnson-Impfstoffs an bedürftige Länder bekanntgegeben. Die fast 100 Mio. Dosen von Johnson&Johnson, die über die Initiative COVAX (= Covid-19 Vaccines Global Access) geliefert werden sollen, sind Teil der Zusage, den am stärksten gefährdeten Ländern in den kommenden Monaten mindestens 500 Mio. Impfdosen zur Verfügung zu stellen. Die Impfdosen sollen bis Ende des Jahres ausgeliefert werden. Dies ist Teil der Verpflichtung der EU, bis Mitte 2022 mindestens 500 Mio. Impfdosen mit Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen zu teilen. Die ersten Lieferungen gehen nun an Niger (496.800), die Zentralafrikanische Republik (302.400), Dschibuti (50.400), Nigeria (2.764.800), Togo (633.600), die Demokratische Republik Kongo (230.400) und Mauretanien (144.000) und werden in den kommenden Wochen in anderen Ländern des afrikanischen Kontinents fortgesetzt. Die neue Spende soll es COVAX ermöglichen, die Lieferungen in den Jahren 2021 und Anfang 2022 zu beschleunigen.

[Daily News der Kommission](#) (in englischer Sprache)

## MEDIEN

### **Kommission präsentiert Vorschläge zur Regelung politischer Werbung**

Die Kommission hat am 25.11.2021 den Vorschlag für eine Verordnung über Transparenz und Ausrichtung („targeting“) politischer Werbung vorgestellt. Demnach soll ein Werbender in Bezug auf jede Nachricht, die das



Wahlverhalten beeinflussen kann, u. a. über Urheber und geplante Dauer der Werbung sowie den dafür gezahlten Preis informieren. Gezielte Werbung („targeted advertising“) auf Basis besonders sensibler persönlicher Informationen (u. a. politische oder religiöse Auffassung, sexuelle Ausrichtung) soll verboten sein, es sei denn der Nutzer hat explizit eingewilligt. Für diesen Fall muss er dann aber auch darüber informiert werden, auf Basis welcher Parameter er die Werbung angezeigt bekommt. Die Vorschläge, über die nun Europäisches Parlament und Rat verhandeln werden, gehen über die derzeit in Deutschland für politische Werbung im Internet geltenden Regeln hinaus (siehe hierzu auch Beitrag des StMI in diesem EB).

[Presseerklärung der Kommission](#)

### **Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation: Kommission gewinnt Unterstützung von Twitch, Adobe, Reporter ohne Grenzen und 13 weiteren Akteuren**

16 künftige Unterzeichner haben sich am 16.11.2021 dem Überarbeitungsprozess des Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation angeschlossen: Twitch, Adobe, Havas, The Bright App, Neeva, Reporter ohne Grenzen, VOST Europe, die Niederländische Organisation für Angewandte Naturwissenschaftliche Forschung, Maldita, PagellaPolitica, Demagog, MediaMath, Integral Ad Science, die GARM-Initiative, Crisp Thinking und Newsback. *Věra Jourová*, Vizepräsidentin der Kommission für Werte und Transparenz, begrüßte alle neuen Unterzeichner an Bord. Der einzige Weg, Desinformation wirksam zu bekämpfen, sei die Zusammenarbeit zwischen der Zivilgesellschaft, den Unternehmen und den Regulierungsbehörden mit einem starken Überwachungsrahmen auf der Grundlage von Leistungsindikatoren.

Die Kommission begrüßte auch die am 15.11.2021 vorgestellten Empfehlungen der Gruppe europäischer Regulierungsstellen für audiovisuelle Mediendienste (ERGA). Die Empfehlungen der ERGA, einschließlich einer detaillierten Analyse des monatlichen Berichterstattungsprogramms zu Des- und Falschinformationen im Zusammenhang mit COVID-19, würden dazu beitragen, eine solide Überwachung des verschärften Kodexes zu gestalten. Die Kommission erwartet von den Unterzeichnern, dass sie sich stark auf diese Empfehlungen stützen und die ERGA in den Entwurfsprozess einbeziehen, v. a. in Bezug auf die Überwachung des Kodex.

[Daily News der Kommission](#) (in englischer und französischer Sprache);

[Empfehlungen der ERGA](#) (in englischer Sprache)



## STAATSMINISTERIUM DES INNERN, FÜR SPORT UND INTEGRATION

### COVID-19

#### Kommission schlägt Überarbeitung der beiden Ratsempfehlungen zu Freizügigkeit und Einreisen aus Drittstaaten vor

Die Kommission hat am 25.11.2021 vorgeschlagen, die Ratsempfehlung zur Freizügigkeit innerhalb der EU und die Ratsempfehlung zur Einreise aus Drittstaaten zu überarbeiten.

Hinsichtlich der Ratsempfehlung zur Freizügigkeit innerhalb der EU schlägt die Kommission vor, nunmehr einen personenbasierten Ansatz zu verfolgen. So soll eine Person im Besitz eines digitalen COVID-Zertifikats grundsätzlich keinen weiteren Beschränkungen wie Test- oder Quarantänepflichten unterliegen. Nach dem Vorschlag der Kommission soll die Standardgeltungsfrist von Impfungszertifikaten außerdem neun Monate betragen. Die durch die ursprüngliche Ratsempfehlung etablierte „Corona-Ampel“ soll hauptsächlich Informationszwecken dienen, aber auch EU-weite Koordinierung von Maßnahmen in grünen sowie dunkelroten Regionen ermöglichen. Ebenso schlägt die Kommission eine Vereinfachung des in der Ratsempfehlung vorgesehenen Notbremse-Mechanismus vor.

Auch in Bezug auf die Ratsempfehlung zur Einreise aus Drittstaaten in die EU verfolgt die Kommission einen personenbasierten Ansatz mit einer deutlichen Priorisierung vollständig Geimpfter. Dieser Übergang zum personenbasierten Ansatz bedeutet auch, dass die in der Ratsempfehlung enthaltene, regelmäßig aktualisierte Positivliste einreiseberechtigter Drittstaaten mit Wirkung vom 01.03.2022 aufgegeben werden soll. Die Standardgeltungsfrist von Impfungszertifikaten soll auch hier neun Monate betragen.

[Pressemitteilung der Kommission vom 25.11.2021](#) (in englischer Sprache)

[Vorschlag der Kommission zur Überarbeitung der Ratsempfehlung zur Einreise aus Drittstaaten in die EU](#) (in englischer Sprache)

#### Erneute Überarbeitung der Positivliste einreiseberechtigter Drittstaaten

Der Rat hat am 18.11.2021 die Positivliste einreiseberechtigter Drittstaaten erneut turnusgemäß überarbeitet und im Zuge dessen Indonesien der Liste hinzugefügt. Eine Einreise in die EU auch aus nicht unbedingt notwendigen Gründen soll daher künftig aus folgenden Drittstaaten / Sonderverwaltungszonen erlaubt sein: Argentinien, Australien, Bahrain, Kanada, Chile, Kolumbien, Indonesien, Jordanien, Kuwait, Namibia, Neuseeland, Peru, Katar, Ruanda, Saudi-Arabien, Südkorea, Vereinigte Arabische Emirate, Uruguay, Hongkong, Macau, Taiwan sowie – weiterhin vorbehaltlich der Bestätigung der Gegenseitigkeit – China.

[Pressemitteilung des Rates vom 18.11.2021](#)



## ASYL UND MIGRATION

### EU erweitert Sanktionen als Reaktion auf die Instrumentalisierung von Migranten durch Belarus

In Anbetracht der sich zuspitzenden Lage an den EU-Außengrenzen zu Belarus hat der Rat der EU-Außenminister am 15.11.2021 seine Sanktionsregelung dem Grunde nach geändert, um auf die Instrumentalisierung von Menschen durch das belarussische Regime für politische Zwecke zu reagieren. Durch die Erweiterung der Kriterien für die Aufnahme auf die Sanktionsliste ist die EU nun in der Lage, auch gegen Personen und Organisationen vorzugehen, die Aktivitäten des Lukaschenko-Regimes unterstützen, die illegalen Grenzübertritten Vorschub leisten. Die Sanktionsliste wird auf Grundlage dieser grundsätzlichen politischen Einigung in den kommenden Wochen finalisiert. Mehrere Fluggesellschaften hatten bereits im Vorfeld auf Sanktionsandrohungen der EU reagiert und angekündigt, Flüge nach Minsk für bestimmte Staatsangehörige auszusetzen (siehe hierzu auch Beitrag unter „Politische Schwerpunkte“ in diesem EB).

[Pressemitteilung des Rates vom 15.11.2021](#)

### Kommission legt Maßnahmenbündel gegen Instrumentalisierung von Migranten durch Belarus vor

Am 23.11.2021 legte die Kommission unter Federführung des Hohen Vertreters *Borrell* sowie der EU-Kommissare *Schinus* und *Vălean* – vorgestellt auch von Kommissionspräsidentin *von der Leyen* anlässlich der Plenartagung des Europäischen Parlaments (EP) – ein Maßnahmenbündel gegen die Instrumentalisierung von Migranten an den EU-Außengrenzen zu Belarus vor.

- So sollen die besonders betroffenen Mitgliedstaaten Lettland, Litauen und Polen verstärkt unterstützt werden. Für das Grenzmanagement dort werden zusätzliche 200 Mio. € bereitgestellt. *Schinus* betonte in diesem Zusammenhang erneut die Haltung der Kommission, Zäune und Stacheldraht würden nicht über EU-Mittel finanziert.
- Um die freiwillige Rückkehr aus Belarus in die Herkunftsländer zu unterstützen, werden 3,5 Mio. € bereitgestellt.
- Die Kommission arbeitet außerdem an einem Vorschlag für vorübergehende Maßnahmen auf der Grundlage von Art. 78 Abs. 3 AEUV (Notlage aufgrund eines plötzlichen Zustroms von Drittstaatsangehörigen) und kommt damit dem Ersuchen der betroffenen Mitgliedstaaten nach, vorübergehende Maßnahmen einführen zu können, um migrationsbedingte Notlagen an den Außengrenzen wirksam zu bewältigen.
- Die Kommission schlägt vor, eine Schwarze Liste von Verkehrsunternehmen zu erstellen, die an der Einschleusung von Menschen in die EU beteiligt sind. Damit sollen Maßnahmen wie der Entzug von Betriebsgenehmigungen, ein Überflugverbot sowie die Aussetzung des Rechts, Strecken in die, aus der und innerhalb der EU zu bedienen, ermöglicht werden. Der neu vorgeschlagene Rechtsrahmen soll



unabhängig von der Beförderungsart (Straßen-, Luft-, Binnenschiffs- und Seeverkehr) gelten (siehe hierzu auch den Beitrag unter „Politische Schwerpunkte“ in diesem EB).

[Rede von Kommissionspräsidentin von der Leyen auf der Plenartagung des EP vom 23.11.2021](#)

[Pressemitteilung der Kommission vom 23.11.2021](#)

[Mitteilung der Kommission: Reaktion auf die staatlich unterstützte Instrumentalisierung von Migranten an den Außengrenzen der EU](#) (in englischer Sprache)

[Factsheet: EU-Maßnahmen gegen Instrumentalisierung von Migranten an den EU-Außengrenzen](#)

### **EuGH urteilt zur Strafbarkeit von Hilfeleistungen an Asylbewerber nach ungarischem Recht**

In der Rechtssache C-821/19 u. a. zur Strafbarkeit von Hilfeleistungen an Asylbewerber hat der EuGH am 16.11.2021 das Urteil erlassen. Ungarn hatte 2018 Vorschriften erlassen,

- mit denen für Asylanträge ein neuer Unzulässigkeitsgrund eingeführt wurde (Einreise über einen Staat, in dem der Antragsteller keiner Verfolgung ausgesetzt ist und in dem für ihn nicht die Gefahr besteht, einen ernsthaften Schaden zu erleiden)
- und mit denen Organisationstätigkeiten, die darauf abzielen, Personen, die nach ungarischem Recht keinen Anspruch auf Asyl haben, die Stellung von Asylanträgen zu ermöglichen, mit Strafe bedroht werden.

Der EuGH urteilte erstens dahingehend, dass die Fälle, in denen die Mitgliedstaaten einen Antrag auf internationalen Schutz als unzulässig betrachten können, in der Richtlinie 2013/32/EU abschließend aufgezählt sind und sich der durch die ungarische Regelung neu eingeführte Unzulässigkeitsgrund keinem dieser Fälle zuordnen lässt.

Zweitens entschied der EuGH, dass Ungarn dadurch, dass es die Organisationstätigkeit, die darauf abzielt, Personen die Einleitung eines Verfahrens des internationalen Schutzes zu ermöglichen, die die innerstaatlichen Voraussetzungen für die Gewährung eines solchen Schutzes nicht erfüllen, mit Strafe bedroht hat, gegen das Unionsrecht verstoßen hat.

[Pressemitteilung des EuGH vom 16.11.2021](#)

## **SEXUELLER KINDESMISSBRAUCH ONLINE**

### **Virtuelle Ministerkonferenz verabschiedet gemeinsame Erklärung zur Bekämpfung des sexuellen Kindesmissbrauchs**

Am 12.11.2021 führte die slowenische Ratspräsidentschaft eine virtuelle Ministerkonferenz zur Verhütung, Aufdeckung und Ermittlung von Straftaten im Zusammenhang mit sexuellem Kindesmissbrauch durch, an der sich die EU-Innenminister, die Innenminister der Westbalkan-Staaten, der USA sowie Vertreter der Kommission, des Europäischen Parlaments (EP) sowie von Europol und Eurojust beteiligten. Die Konferenz



befasste sich sowohl mit der Prävention von sexuellem Kindesmissbrauch als auch mit der Aufdeckung und Ermittlung entsprechender Straftaten, die in vielerlei Hinsicht herausfordernd sei und den Einsatz fortschrittlicher Informationstechnologie, einschließlich künstlicher Intelligenz, erforderlich mache. Anlässlich der Ministerkonferenz wurde eine gemeinsame Erklärung verabschiedet. Der ursprünglich für den 01.12.2021 angekündigte neue Legislativvorschlag der Kommission, mit dem Online-Diensteanbieter voraussichtlich verpflichtet werden sollen, Online-Inhalte von sexuellem Kindesmissbrauch zu melden und zu entfernen, ist zwischenzeitlich auf Anfang 2022 verschoben worden.

[Pressemitteilung der slowenischen Ratspräsidentschaft vom 12.11.2021](#)

[Gemeinsame Erklärung](#) (in englischer Sprache)

## TERRORISMUS

### Evaluierung der Richtlinie zur Terrorismusbekämpfung

Am 18.11.2021 veröffentlichte die Kommission einen umfassenden Evaluierungsbericht zur Richtlinie zur Terrorismusbekämpfung (Richtlinie 2017/541). Danach haben die Mitgliedstaaten auf Grundlage der Richtlinie ihren strafrechtlichen Ansatz zur Terrorismusbekämpfung zwar insgesamt gestärkt. Dennoch gebe es, so das Ergebnis der Evaluierung, noch einige Umsetzungsschwierigkeiten, so beispielsweise beim Nachweis terroristischer Absichten, insbesondere dann, wenn es um Beweissammlung außerhalb des nationalen Hoheitsgebiets geht. Eine weitere Schwierigkeit bestehe in der Einstufung rechtsextremer Gewalttaten als terroristische Handlungen. Schließlich haben grenzüberschreitende Terrorismusopfer weiterhin Schwierigkeiten, Hilfe zu erhalten (siehe hierzu auch Beitrag des StMJ in diesem EB).

[Evaluierungsbericht zur Richtlinie 2017/541](#)

### EuGH bestätigt Rechtsakte des Rates, mit denen die Hamas auf der europäischen Liste terroristischer Organisationen belassen wird

Mit Urteil vom 23.11.2021 in der Rechtssache C-833/19 P bestätigte der EuGH die Rechtsakte des Rates, mit denen die Hamas auf der europäischen Liste terroristischer Organisationen belassen wird. Mit Urteil vom 04.09.2019 (T-308/18) hatte das Gericht der EU im Rahmen einer Nichtigkeitsklage vier Rechtsakte des Rates der EU aus dem Jahr 2018 für nichtig erklärt, mit denen die Hamas auf die Liste der an terroristischen Handlungen beteiligten Organisationen aufgenommen worden war, deren Gelder und wirtschaftlichen Ressourcen deshalb eingefroren worden waren. Die Nichtigkeitsklärung durch das Gericht war erfolgt, weil der Rat die Begründungen zu diesen Rechtsakten nicht durch Unterzeichnung ausgefertigt habe (Verstoß gegen wesentliche Formvorschrift). Der EuGH hat dieses Urteil des Gerichts vom 04.09.2019 nunmehr aufgehoben.

[Pressemitteilung des EuGH vom 23.11.2021](#)



## WAHLEN

### Kommission legt neue Vorschriften für politische Werbung, Wahlrecht und Parteienfinanzierung vor

Die Kommission hat am 25.11.2021 unter Federführung von EU-Kommissarin *Jourová* neue Vorschriften für politische Werbung, Wahlrecht und Parteienfinanzierung vorgelegt.

- Mit einem Legislativvorschlag über die Transparenz und die Ausrichtung („targeting“) von politischer Werbung (siehe hierzu auch Beitrag unter „Politische Schwerpunkte“ in diesem EB) soll u. a. vorgeschrieben werden, dass jede politische Werbeanzeige eindeutig als solche gekennzeichnet sein und Angaben darüber enthalten muss, wer wieviel dafür bezahlt (Einführung eines sog. Transparenzsiegels). Außerdem werden strenge Auflagen für das Targeting eingeführt: Die Verwendung sensibler personenbezogener Daten wie ethnische Herkunft, religiöse Überzeugungen oder sexuelle Orientierung soll ohne ausdrückliche Zustimmung der Betroffenen verboten werden. Erstmals wird es auch verpflichtend sein, in die Anzeige klare Informationen darüber aufzunehmen, auf welcher Grundlage die betreffende Person angesprochen wird, und zu veröffentlichen, welche Personengruppen angesprochen wurden. Bei Verstößen gegen die Transparenzvorschriften sollen die Mitgliedstaaten wirksame Geldbußen einführen. Die nationalen Datenschutzbehörden sollen insbesondere die Verwendung personenbezogener Daten beim Targeting überwachen.
- Ferner schlägt die Kommission vor, die geltenden EU-Vorschriften in Bezug auf sog. mobile EU-Bürger und ihr Wahlrecht bei Europawahlen und Kommunalwahlen sowie
- die EU-Vorschriften über die Finanzierung europäischer politischer Parteien und Stiftungen zu aktualisieren. Diese Aktualisierung zielt u. a. darauf ab, die Transparenz insb. in Bezug auf politische Werbung und Spenden zu erhöhen und deren finanzielle Tragfähigkeit zu verbessern.

Die Vorschläge müssen nun von Rat und Europäischem Parlament (EP) verhandelt werden.

[Pressemitteilung der Kommission vom 25.11.2021](#)

[Zur Kommissionsmitteilung und den Legislativvorschlägen](#) (in englischer Sprache)

## DATENSCHUTZ

### EuGH urteilt zur Einblendung von Werbenachrichten in der E-Mail-Inbox

In der Rechtssache C-102/20 zur Einblendung von Werbenachrichten in der E-Mail-Inbox („inbox advertising“) hat der EuGH am 25.11.2021 das Urteil erlassen. Danach stellt die Einblendung von Werbenachrichten in der E-Mail-Inbox in einer Form, die der einer tatsächlichen E-Mail ähnlich ist, eine Verwendung elektronischer Post für die Zwecke der Direktwerbung im Sinne der Richtlinie 2002/58 (Datenschutzrichtlinie für elektronische Kommunikation bzw. ePrivacy-Richtlinie) dar. Diese Nachrichten begründen eine Verwechslungsgefahr, die dazu führen kann, dass ein Nutzer, der auf die der Werbenachricht entsprechende Zeile klickt, gegen seinen Willen auf eine die betreffende Werbung enthaltende Internetseite weitergeleitet wird, so der EuGH. Dem Urteil



liegt der Sachverhalt zweier miteinander im Wettbewerb stehenden Stromlieferanten zugrunde, von denen einer über eine Werbeagentur Werbeanzeigen schaltete, die in der Einblendung von Bannern in E-Mail-Postfächern von Nutzern des E-Mail-Dienstes T-Online bestanden. Der EuGH ist außerdem der Ansicht, dass ein Vorgehen, das darin besteht, in der Inbox Werbenachrichten in einer Form, die der einer tatsächlichen E-Mail ähnlich ist, einzublenden, unter bestimmten Umständen unter den Begriff des „hartnäckigen und unerwünschten Ansprechens“ der Richtlinie 2005/29 (Richtlinie über unlautere Geschäftspraktiken) fällt.

[Pressemitteilung des EuGH vom 25.11.2021](#)

## STRAßENVERKEHRSSICHERHEIT

### Kommission veröffentlicht finale Statistik über Verkehrstote im Jahr 2020

Am 18.11.2021 veröffentlichte die Kommission die finalen Zahlen zu Verkehrstoten im Jahr 2020, nachdem im April 2021 die vorläufigen Zahlen veröffentlicht worden waren (EB 08/21). Rund 18.800 Personen kamen im vergangenen Jahr bei Verkehrsunfällen ums Leben, was einem beispiellosen Rückgang um 17 % gegenüber dem Jahr 2019 entspricht. Dies ist jedoch größtenteils auf die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die allgemeine Mobilität zurückzuführen. Vorläufige Zahlen für die ersten sechs Monate des Jahres 2021 zeigen eine leichte Zunahme von Verkehrstoten (2 %) im Vergleich zum Vorjahreszeitraum auf. Zeitgleich veröffentlichte die Kommission Länderberichte mit detaillierten Statistiken zur Straßenverkehrssicherheit in jedem Land. Ebenso prämierte sie Initiativen zur Förderung der Straßenverkehrssicherheit (Road Safety Award 2021) (siehe hierzu auch Beitrag des StMB in diesem EB).

[Pressemitteilung der Kommission vom 18.11.2021](#) (in englischer Sprache)

## SPORT

### Europäisches Parlament nimmt Entschließung zu europäischem Sportmodell an

Das Europäische Parlament (EP) nahm am 23.11.2021 eine Entschließung an, in der es sich dafür ausspricht, dass die europäische Sportkultur den Grundsätzen der Solidarität, Nachhaltigkeit, Inklusion, des offenen Wettstreits und der Fairness Rechnung tragen soll. Das EP fordert u. a. eine stärkere Umverteilung der Finanzmittel zwischen dem Profi- und dem Breitensport. So sollen die Sportverbände einen Solidaritätsmechanismus umsetzen, mit dem die angemessene Finanzierung des Amateur- und Breitensports sichergestellt wird. Europäische Medien sollten außerdem insbesondere dem Frauen- und Jugendsport mehr Aufmerksamkeit schenken, so die Abgeordneten.

Um demokratische Grundsätze zu wahren, sollten Länder, deren Regierungen wiederholt gegen Grundrechte und -werte verstoßen, keine großen Sportereignisse mehr ausrichten dürfen.



Europabericht der Vertretung des Freistaates Bayern bei der EU  
Nr. 19/2021 vom 26.11.2021



Berichterstatter MdEP *Tomasz Frankowski* (EVP/PL) stellte fest, die größte Herausforderung bestehe darin, das europäische Sportmodell zu fördern und es vor Bedrohungen wie der „Super League“ zu schützen.

[Pressemitteilung des EP vom 23.11.2021](#)

[Angenommener Text](#)



## STAATSMINISTERIUM FÜR WOHNEN, BAU UND VERKEHR

### SCHIENENVERKEHR

#### Kommission eröffnet Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland zur Marktöffnung für Schienenpersonenverkehrsdienste

Am 12.11.2021 hat die Kommission ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Bulgarien und Deutschland wegen der unzureichenden Umsetzung der Richtlinie (EU) 2016/2370 über die Öffnung des Marktes für inländische Schienenpersonenverkehrsdienste eröffnet. Durch die Richtlinie soll es europäischen Eisenbahnunternehmen ermöglicht werden, unabhängig von ihrem Sitz Personenverkehrsdienste in der EU anzubieten. Bulgarien und Deutschland haben nun zwei Monate Zeit, um auf die Bedenken der Kommission zu reagieren. Anderenfalls kann die Kommission in der nächsten Stufe eine mit Gründen versehene Stellungnahme versenden.

[Pressemitteilung der Kommission](#) (in englischer Sprache)

[Richtlinie \(EU\) 2016/2370](#)

#### Eurostat veröffentlicht Zahlen zum Schienengüterverkehr in 2020

Am 19.11.2021 hat das Statistische Amt der EU (Eurostat) Zahlen zur Entwicklung des Schienengüterverkehrs in 2020 veröffentlicht. Danach ging der Schienengüterverkehr gemessen in Tonnenkilometern (tkm) um sechs Prozent im Vergleich zu 2019 zurück. Demgegenüber ging der Personenverkehr im gleichen Zeitraum um -46 % zurück. Der Rückgang wird auf die Maßnahmen zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie insbesondere im umsatzstarken 2. Quartal 2020 zurückgeführt.

[Pressemitteilung von Eurostat](#) (in englischer Sprache)

### STRAßENVERKEHR

#### Eurostat veröffentlicht Zahlen zum Straßengüterverkehr in 2020

Am 22.11.2021 hat das Statistische Amt der EU (Eurostat) Zahlen zur Entwicklung des Straßengüterverkehrs in 2020 veröffentlicht. Danach ging der Straßengüterverkehr gemessen in Tonnenkilometern (tkm) um ein Prozent im Vergleich zu 2019 zurück. Der Rückgang wird auf die Maßnahmen zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie insbesondere im umsatzstarken 2. Quartal 2020 zurückgeführt.

[Pressemitteilung von Eurostat](#) (in englischer Sprache)

#### Konsultation zu den Lenk- und Ruhezeiten für Kraftomnibusfahrer

Bis zum 15.02.2022 führt die Kommission eine Konsultation zur Verordnung (EU) 2020/1054 zu den Lenk- und Ruhezeiten für Kraftomnibusfahrer durch. Bereits im Februar 2021 hatte die Kommission eine Befragung zum



Fahrplan durchgeführt (EB 02/21). Die aktuellen EU-Vorschriften gelten für Lkw-Fahrer und Kraftomnibusfahrer gleichermaßen. Aufgrund der besonderen Anforderungen der Personenbeförderung möchte die Initiative den Bedürfnissen von Kraftomnibusfahrern bei der Gestaltung der Arbeitszeiten stärker Rechnung tragen. Eine Annahme durch die Kommission ist für das 4. Quartal 2022 geplant.

[Konsultation](#)

### **Kommission prämiert Initiativen für mehr Straßenverkehrssicherheit**

Am 18.11.2021 hat die Kommission Initiativen zur Förderung der Straßenverkehrssicherheit (Road Safety Award 2021) prämiert. Hierzu zählen die Stiftung Kinderautosicherheit Fundatia Siguranta Auto Copii (Rumänien), die Krankenversicherung Interpolis (Niederlande), die Verwaltung Cork Country Council (Irland) und das Fahrsicherheitszentrum Fundacion Educatrafic (Spanien). Schwerpunkte bildeten die Vermittlung von Straßenverkehrssicherheit mit Hilfe einer zielgruppenspezifischen Ansprache, z. B. Hip hop Film, Handy-App für Teenager und Fahrsicherheitstraining für Erwachsene. Mit der Preisverleihung veröffentlichte die Kommission auch die neueste Unfallstatistik für 2020. Danach ging die Zahl der Verkehrstoten im Vergleich zu 2019 um 4.000 auf 18.800 Tote (-17 %) zurück. Der Rückgang ist insbesondere auf die Maßnahmen zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie zurückzuführen (siehe weiteren Beitrag des StMI in diesem EB).

[Pressemitteilung der Kommission](#) (in englischer Sprache):

## **LUFTVERKEHR**

### **EU und Armenien unterzeichnen Luftverkehrsabkommen**

Am 15.11.2021 haben die EU und Armenien ein Luftverkehrsabkommen unterzeichnet. Damit wurden gemeinsame Standards bei der Flugsicherheit und im Flugverkehrsmanagement vereinbart. Alle EU-Luftfahrtunternehmen erhalten die Möglichkeit, Direktflüge nach Armenien anzubieten und umgekehrt. Gleichzeitig soll hierdurch das erweiterte Partnerschaftsabkommen zwischen der EU und Armenien gestärkt werden. Ein weiteres Luftverkehrsabkommen soll zeitnah mit Tunesien unterzeichnet werden.

[Pressemitteilung der Kommission](#) (in englischer Sprache)

## **UMWELT**

### **Konsultation zur Berechnung von Treibhausgasemissionen im Güter- und Personenverkehr**

Bis zum 17.12.2021 führt die Kommission eine Befragung für eine Folgenabschätzung für die Berechnung und Bilanzierung von Treibhausgasemissionen im Güter- und Personenverkehr durch (siehe Beitrag des StMUV in diesem EB). Der Vorschlag für den einheitlichen EU-Rahmen ist für das 4. Quartal 2022 geplant.

[Konsultation](#)



## BAUEN UND WOHNEN

### [Eurostat veröffentlicht Zahlen zur Produktion im Baugewerbe für September 2021](#)

Am 17.11.2021 hat das statistische Amt der EU (Eurostat) Zahlen zur saisonbereinigten Produktion im Baugewerbe für September 2021 in der EU veröffentlicht (EB 17/21). Danach stieg diese in der EU-27 gegenüber September 2020 um 1,8 %. Die Bautätigkeit stieg im Hochbau um 2,3 % und im Tiefbau um 1,5 %. Die größten Zuwächse der Produktion im Baugewerbe wurden in Ungarn (+14,3 %), Finnland (+6,0 %) und Polen (+4,3 %) verzeichnet. Die stärksten Rückgänge gab es in Rumänien (-14,2 %), Spanien (-7,2 %) und der Slowakei (-1,6 %). In Deutschland lag der Wert bei +0,1 %.

[Pressemitteilung von Eurostat](#) (in englischer Sprache)



## STAATSMINISTERIUM DER JUSTIZ

---

### Generalanwalt am EuGH: Deutsche Verkehrsdatenspeicherung verstößt gegen EU-Recht

Am 18.11.2021 legte der Generalanwalt am EuGH *Sánchez-Bordona* seinen Schlussantrag zu den deutschen Vorschriften der Verkehrsdatenspeicherung (§§ 113a ff. TKG) vor (Rs. C-793/19 SpaceNet und C-794/19 Telekom Deutschland). Er ist der Auffassung, die deutsche Regelung verstoße gegen EU-Recht. Dabei hält der Generalanwalt an der bisherigen Rechtsprechung des EuGH fest. Demnach kann eine allgemeine und unterschiedslose Speicherung von Verkehrsdaten nur durch das Ziel des Schutzes der nationalen Sicherheit gerechtfertigt werden. Eine Ausnahme davon gilt für die Speicherung von IP-Adressen u. a. zur Bekämpfung schwerer Kriminalität. Im Übrigen ist zu prüfen, ob die nationale Regelung auf hinreichend selektiven Kriterien beruht, u. a. auf Grundlage der betroffenen Personengruppen oder geografischer Kriterien. Der Generalanwalt hebt hervor, dass der größte Unterschied zu den Vorschriften, über die der EuGH bereits entschieden habe, in der kurzen Speicherdauer (von vier bzw. zehn Wochen) liege. Dies ändere jedoch nichts daran, dass die deutsche Regelung eine unzulässige allgemeine und unterschiedslose Speicherpflicht von Verkehrs- und Standortdaten vorsehe. Der EuGH ist an den Schlussantrag nicht gebunden, folgt ihm aber zumeist. Mit einem Urteil ist Anfang 2022 zu rechnen.

[Pressemitteilung](#)

[Schlussantrag](#)

### EuGH: Justizminister Polens hat zu weitreichende Befugnisse

Am 16.11.2021 urteilte der EuGH, dass die Kumulation der Befugnisse des polnischen Justizministers unionsrechtswidrig sei. Die Regelung, wonach der Justizminister – der gleichzeitig Generalstaatsanwalt ist – nach freiem Ermessen Richterinnen und Richter an höherinstanzliche Strafgerichte abordnen und eine solche Abordnung jederzeit beenden kann, verstoße gegen die richterliche Unabhängigkeit und die strafprozessuale Unschuldsvermutung (Rs. C-748/19 bis C-754/19). Es müsse sichergestellt sein, dass eine solche Abordnung bzw. die Beendigung der Abordnung nicht als Instrument zur politischen Kontrolle von Gerichtsentscheidungen dienen könne. Dabei setzte der EuGH seine bisherige Rechtsprechung fort, wonach zwar die Organisation der Justiz in die alleinige Zuständigkeit der Mitgliedstaaten fällt, die Mitgliedstaaten aber bei der Ausübung dieser Zuständigkeit die Verpflichtungen zu beachten haben, die sich auch dem Unionsrecht ergeben. Die polnische Regierung hingegen ist der Auffassung, die Sachverhalte fallen nicht in den Anwendungsbereich des Unionsrechts. Erst Ende Oktober hatte der EuGH im Zusammenhang mit der Tätigkeit der Disziplinarkammer des Obersten Gerichts Polen zur Zahlung eines täglichen Zwangsgelds in Höhe von 1 Mio. € verpflichtet, da Polen einer früheren Entscheidung des EuGH nicht nachkommt (siehe EB 17/21).

[Pressemitteilung EuGH](#)

[Urteil des EuGH](#)



### **EuGH: Umgang der ungarischen Justiz mit Vorabentscheidungsverfahren unionsrechtswidrig**

Am 23.11.2021 entschied der EuGH zum Umgang der ungarischen Justiz mit einem Vorabentscheidungsersuchen an den EuGH (Rs. C-564/19). Hintergrund ist ein Strafverfahren in Ungarn gegen einen schwedischen Staatsbürger, der bei der ersten Vernehmung von einem Dolmetscher unterstützt wurde. Der zuständige Richter in Ungarn hatte Zweifel an der Auswahl und den Fähigkeiten des Dolmetschers. Er legte dem EuGH in diesem Zusammenhang Fragen zur Vorabentscheidung vor. Auf Antrag des ungarischen Generalstaatsanwalts erklärte der Oberste Gerichtshof in Ungarn das Vorabentscheidungsersuchen für rechtswidrig. Gegen den zuständigen Richter wurde ein Disziplinarverfahren eingeleitet. Der EuGH entschied nun, dass die Überprüfung des Vorabentscheidungsersuchen gegen EU-Recht verstoße. Für die Prüfung der Zulässigkeit eines Vorabentscheidungsersuchen sei ausschließlich der EuGH zuständig. Zudem verstoße auch die Einleitung des Disziplinarverfahrens gegen den nationalen Richter gegen EU-Recht. Dies beeinträchtige den Mechanismus der Vorabentscheidungsersuchen und die richterliche Unabhängigkeit. Zudem gefährde es die einheitliche Anwendung des Unionsrechts. Zur Dolmetscherfrage betonte der EuGH das Recht jedes Beschuldigten, in einer ihm verständlichen Sprache über die gegen ihn erhobenen Vorwürfe unterrichtet zu werden. Ein Register geprüfter Dolmetscher könnte dies sichern.

[Pressemitteilung EuGH](#)

[Urteil des EuGH](#)

### **EuGH urteilt zu internationaler Zuständigkeit in Ehesachen**

Am 25.11.2021 präzierte der EuGH den Begriff des „gewöhnlichen Aufenthalts“ für die Begründung der gerichtlichen Zuständigkeit in Ehesachen (Rs. C-289/20). Im Ergebnis entschied der EuGH, dass ein Ehegatte zwar an mehreren Orten einen Aufenthalt, aber zu einem bestimmten Zeitpunkt nur einen einzigen „gewöhnlichen Aufenthalt“ im Sinne von Art. 3 Abs. 1 Buchst. a der Brüssel IIa-Verordnung haben kann. Im zugrunde liegenden Sachverhalt wollte sich ein französischer Staatsangehöriger (Antragsteller) von seiner Ehefrau, einer irischen Staatsangehörigen, in Frankreich scheiden lassen. Die Familie lebte seit Jahren in Irland. Der Antragsteller arbeitete in Frankreich, kehrte aber am Wochenende regelmäßig nach Irland zurück. Das vorliegende französische Gericht wollte vom EuGH wissen, ob ein Ehegatte seinen „gewöhnlichen Aufenthalt“ in zwei Mitgliedstaaten haben kann, so dass die Gerichte beider Mitgliedstaaten für das Scheidungsverfahren zuständig wären. Dies verneinte der EuGH auch mit Blick auf die Rechtssicherheit. Der EuGH führte dabei aus, dass der Begriff „gewöhnlicher Aufenthalt“ durch zwei Elemente gekennzeichnet sei. Zum einen durch den Willen des Betroffenen, den gewöhnlichen Mittelpunkt seiner Lebensinteressen an einen bestimmten Ort zu legen. Zum anderen durch eine hinreichend dauerhafte Anwesenheit im Hoheitsgebiet des betreffenden Mitgliedstaats. Es ist nun Sache des vorlegenden Gerichts, anhand der Umstände des Einzelfalls seine Zuständigkeit zu prüfen.

[Pressemitteilung des EuGH](#)

[Entscheidung des EuGH](#)



### **Fortschrittsbericht zur Überarbeitung der Verbraucherkredit-Richtlinie**

Auf dem Rat für Wettbewerbsfähigkeit am 26.11.2021 legte die Präsidentschaft einen Fortschrittsbericht zur Überarbeitung der Verbraucherkredit-Richtlinie vor. Einen entsprechenden Vorschlag hatte die Kommission am 30.06.2021 veröffentlicht (EB 12/21). Obwohl keine Aussprache dazu vorgesehen war, erbat Deutschland das Wort und führte zum sog. „ewigen Widerrufsrecht“ aus. Das „ewige Widerrufsrecht“ beschreibt eine Situation, in der ein Verbraucherkredit zeitlich unbegrenzt widerrufen werden kann, wenn Verbraucherinnen oder Verbraucher nicht ordnungsgemäß informiert werden. Dies beschäftigt in Deutschland viele Gerichte und führe zu instabilen Vertragsverhältnissen. Deutschland hatte daher in den Ratsarbeitsgruppen bereits Lösungsvorschläge vorgestellt, die von Seiten der Mitgliedstaaten Unterstützung erfahren haben. Deutschland rief dazu auf, sich diesem Thema in den weiteren Beratungen mit Sorgfalt zu widmen.

[Pressemitteilung zur Ratstagung](#) (in englischer Sprache)

[Fortschrittsbericht](#) (in englischer Sprache)

[Aufzeichnung der Aussprache auf dem Rat](#) (Wortbeitrag DEU ab 16:10)

### **Fortschrittsbericht zum Richtlinien-Vorschlag zur Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen**

Auf dem Rat für Wettbewerbsfähigkeit am 26.11.2021 legte die Präsidentschaft einen Fortschrittsbericht zum Richtlinien-Vorschlag zur Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen vor. Den Vorschlag hatte die Kommission am 21.04.2021 veröffentlicht (EB 08/21). Die slowenische Präsidentschaft hob hervor, dass in der Ratsarbeitsgruppe Gesellschaftsrecht große Fortschritte erzielt wurden. Ein erster Kompromissvorschlag für eine Ratsposition sei bereits erarbeitet worden. Der Fortschrittsbericht selbst hebt die Diskussionschwerpunkte hervor, darunter auch das Verhältnis zwischen dem Richtlinientext und den künftigen Standards sowie die Fristen für die nationale Umsetzung und die erstmalige Anwendung der neuen Bestimmungen.

[Pressemitteilung zur Ratstagung](#) (in englischer Sprache)

[Fortschrittsbericht](#) (in englischer Sprache)

[Videoaufzeichnung der Ratssichtung](#) (ab 16.06)

### **Unternehmensberichterstattung: Konsultation zur Verbesserung der Qualität und Durchsetzung**

Am 12.11.2021 startete die Kommission eine öffentliche Konsultation zu einem geplanten Richtlinienvorschlag zur Verbesserung der Qualität und Durchsetzung der Unternehmensberichterstattung. Bis 04.02.2021 können Stellungnahmen hierzu abgegeben werden. Die Vorlage eines Richtlinienvorschlags ist für das 4. Quartal 2022 geplant. Die Konsultation zielt auf die praktische Anwendung des Rechtsrahmens im Bereich der Unternehmensberichterstattung. Ein Schwerpunkt liegt dabei u. a. bei der Abschlussprüfung und der Aufsicht (siehe auch Beitrag des StMWi in diesem EB). Die Konsultation bezieht sich explizit *nicht* auf den Vorschlag der Kommission vom April 2021 für eine Richtlinie zur Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen.

[Zur Konsultation](#)



### **Kommission startet öffentliche Konsultation zu Überarbeitung von Hypothekarkrediten**

Am 22.01.2021 startete die Kommission eine öffentliche Konsultation zur Überprüfung der Richtlinie über Wohnimmobilienkreditverträge für Verbraucher (Richtlinie 2014/17/EU, sog. Hypothekarkredit-Richtlinie). Bis 14.02.2022 können hierzu Stellungnahmen abgegeben werden. Im 4. Quartal 2022 will die Kommission ihren Vorschlag vorlegen. Nach einem Bericht der Kommission von Mai 2021 wurde durch die Hypothekarkredit-Richtlinie zwar das Verbraucherschutzniveau angehoben und ein Beitrag zur Harmonisierung der Verfahren zur Vergabe von Hypothekarkrediten in den Mitgliedstaaten geleistet. Dennoch sei das Schutzniveau in den Mitgliedstaaten nach wie vor unterschiedlich. Auch müssten neuen Herausforderungen durch die Digitalisierung begegnet werden. Zudem sei das Verfahren zur Kreditwürdigkeitsprüfung vor dem Hintergrund der fortschreitenden Nutzung von künstlicher Intelligenz möglicherweise anzupassen. Zuletzt sei ein Gleichlauf mit der Überarbeitung der Verbraucherkredit-Richtlinie (Vorschlag der Kommission aus Juni 2021) herzustellen (siehe hierzu auch Beitrag des StMUV in diesem EB).

[Konsultation](#)

[Bericht der Kommission vom 11.05.2021](#)

### **Kommission sondiert zu Vorschriften für die Übertragung von Strafverfahren**

Am 16.11.2021 startete die Kommission bis 14.12.2021 eine Sondierung zu Vorschriften für die Übertragung von Strafverfahren zwischen EU-Mitgliedstaaten. Ein Rechtsakt hierzu soll im 3. Quartal 2022 vorgelegt werden. Nach Ansicht der Kommission erscheint eine Übertragung von Strafverfahren in drei Situationen sinnvoll: (1) Wenn in unterschiedlichen Mitgliedstaaten parallel Ermittlungs- bzw. Strafverfahren laufen, (2) wenn ein Verfahren nicht in dem Mitgliedstaat durchgeführt wird, der beispielsweise aufgrund spezieller Kenntnisse im Bereich der organisierten Kriminalität am besten dafür geeignet ist und (3) wenn ansonsten Straflosigkeit droht. Letzteres wäre etwa der Fall, wenn eine Auslieferung auf Grundlage eines Europäischen Haftbefehls aufgrund schlechter Haftbedingungen verweigert wird und der Mitgliedstaat, der die Übergabe verweigert, selbst nicht über die erforderlichen Beweise verfügt.

[Zur Initiative der Kommission](#)

### **Europäische Staatsanwaltschaft ernennt Delegierte Europäische Staatsanwälte aus Slowenien**

Am 24.11.2021 ernannte die Europäische Staatsanwaltschaft (EUSTa) zwei Delegierte Europäische Staatsanwälte aus Slowenien. Damit haben nun sämtliche Mitgliedstaaten, die sich an der EUSTa beteiligen, Delegierte Europäische Staatsanwälte (EB 10/21). Die EUSTa begann am 01.06.2021 mit der Aufnahme von Ermittlungsverfahren. Ziel ist es, die Verfolgung von Straftaten zum Nachteil der finanziellen Interessen der EU zu verbessern. Ungarn, Polen, Irland, Schweden und Dänemark nehmen nicht an ihr teil.

[Pressemitteilung](#) (in englischer Sprache)



### Evaluierung der Richtlinie zur Terrorismusbekämpfung

Am 18.11.2021 veröffentlichte die Kommission einen Bericht, in dem die Richtlinie zur Terrorismusbekämpfung ([Richtlinie 2017/54](#)) umfassend evaluiert wird. Insgesamt fällt der Bericht positiv aus. Dennoch gebe es einige Probleme. So hätten einige Mitgliedstaaten von Schwierigkeiten beim Nachweis terroristischer Absichten berichtet, insbesondere wenn Beweismittel außerhalb des nationalen Hoheitsgebiets liegen. Ein weiteres Problem, das in einigen Mitgliedstaaten festgestellt wurde, betrifft die Schwierigkeiten bei der Einstufung rechtsextremer Gewalttaten als terroristische Handlungen. Schließlich haben grenzüberschreitende Terrorismusopfer immer noch Schwierigkeiten, Hilfe und Schutz zu erhalten (siehe hierzu auch Beitrag des StMI in diesem EB).

[Zum Bericht](#)



## STAATSMINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND KUNST

---

### Arbeitsprogramm 2022 für Erasmus+ angenommen

Am 24.11.2021 hat die Kommission das Jahresarbeitsprogramm 2022 des Bildungsförderprogramms Erasmus+ angenommen und damit auch die Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen veröffentlicht. Demnach sind für das kommende Jahr, in dem auch das 35-jährige Jubiläum des Programms begangen wird, Mittel in Höhe von 3,9 Mrd. € vorgesehen, mit denen weiterhin Studienaufenthalte im Ausland, Praktika, Lehrstellen, Personalaustausch sowie grenzüberschreitende Kooperationsprojekte in verschiedenen Bereichen der allgemeinen und beruflichen Bildung, Jugend und Sport ermöglicht werden. Das Jahr 2022 ist auch insofern ein besonderes, als es von Kommissionspräsidentin *von der Leyen* zum Europäischen Jahr der Jugend ausgerufen wurde. Die Förderung durch Erasmus+ wird dabei natürlich eine herausragende Rolle einnehmen. Eine wichtige und zentrale Initiative ist und bleibt auch die der Europäischen Hochschulnetzwerke. Hierzu werden noch separat Ausschreibungen veröffentlicht.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Jahresarbeitsprogramm 2022 für die Durchführung von Erasmus+](#) (in englischer Sprache)

[Informationsblatt zum neuen Programm Erasmus+ 2021-2027](#)

[Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen für Erasmus+ 2022](#)

[Programmleitfaden Erasmus+ 2022](#)

### Rat bringt institutionalisierte Partnerschaften unter Horizont Europa auf den Weg

Am 19.11.2021 hat der Rat der EU die von der Kommission im Februar vorgeschlagene (EB 04/21) Verordnung zur Gründung gemeinsamer Unternehmen im Rahmen des Forschungsrahmenprogramms Horizont Europa nach Art. 187 AEUV angenommen und damit grünes Licht für neun institutionalisierte Partnerschaften unter Horizont Europa gegeben. Außerdem wurde die Gründung einer weiteren Partnerschaft für Metrologie nach Art. 185 AEUV beschlossen.

Partnerschaften sollen im Rahmen von Horizont Europa sektorenübergreifend die Entwicklung und Einführung neuer innovativer Lösungen zu den drängenden großen gesellschaftlichen Herausforderungen verbessern und beschleunigen. Sie stehen einem breiten Spektrum öffentlicher und privater Partner offen (u. a. Industrie, Hochschulen und Forschungsorganisationen, Stiftungen, Nichtregierungsorganisationen). Die finanzielle Ausstattung aus dem Programm Horizont Europa beträgt 10 Mrd. €, die um mindestens denselben Betrag aus dem Kreis der Partner aufgestockt werden sollen.

Die thematische Ausrichtung der Partnerschaften ist im Vergleich zum Vorschlag im Februar unverändert geblieben, es werden also folgende Bereiche abgedeckt:

1. Globale Gesundheitspolitik



2. Initiative zu Innovation im Gesundheitswesen
3. Digitale Schlüsseltechnologien
4. Kreislaufforientiertes biobasiertes Europa
5. Sauberer Wasserstoff
6. Saubere Luftfahrt
7. Europas Eisenbahnen
8. Forschung zum Flugverkehrsmanagement im einheitlichen europäischen Luftraum
9. Intelligente Netze und Dienste
10. Metrologie

[Pressemitteilung des Rates](#)

[Pressemitteilung der Kommission mit weiteren Erläuterungen zu den einzelnen Partnerschaften](#) (in englischer Sprache)

[Verordnung im Volltext](#)

### **Europäisches Innovations- und Technologieinstitut unterstützt Hochschulen bei unternehmerischen und innovativen Fähigkeiten**

Am 18.11.2021 hat das Europäische Innovations- und Technologieinstitut (EIT) die zweite Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen im Rahmen seiner Pilotinitiative „Innovation Capacity Building for Higher Education“ gestartet. Im Rahmen dieser neuen Aufforderung werden bis zu 40 Konsortien aus Hochschuleinrichtungen und nichtakademischen Organisationen (Unternehmen, Forschungszentren, Behörden und Verbände) mit jeweils maximal 1,2 Mio. € gefördert.

Die erfolgreichen Konsortien werden vom EIT dann dabei unterstützt, Aktivitäten zu entwickeln, die ihre unternehmerischen und innovativen Fähigkeiten verbessern und die Hochschulen noch besser in Innovationsökosysteme integrieren.

Die Ausschreibungsfrist läuft bis zum 28.02.2022.

[Ausschreibungstext](#) (in englischer Sprache)

[Fact Sheet zu der Initiative](#) (in englischer Sprache)



## Bericht „She Figures 2021“ zur Geschlechtergleichstellung in Forschung und Innovation veröffentlicht

Die Kommission hat am 24.11.2021 den Bericht „She Figures 2021“ veröffentlicht. Dabei handelt es sich um eine seit 2003 alle drei Jahre durchgeführte Studie, in der die Situation der Gleichstellung der Geschlechter im Bereich Forschung und Innovation untersucht und dargelegt wird.

Aus dem jetzt vorgelegten Bericht geht u. a. hervor, dass im EU-Durchschnitt zwar Bachelor- und Master-Absolventinnen in der Mehrheit sind (59 %) und bei Promotionen ein fast ausgewogenes Verhältnis besteht (48,1 %). Allerdings bestehen weiterhin Unterschiede zwischen Studienfächern. Im Bereich Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) sind nur 22 % der Doktoranden weiblich, im Bereich Gesundheit, Wohlfahrt und Bildung hingegen über 60 %. Missverhältnisse bestehen insbesondere noch immer auf der höchsten akademischen Ebene. Nur 26 % der ordentlichen Professuren sind europaweit von Frauen besetzt. Auch haben Frauen, gemäß dem Bericht, weniger Chancen, als Wissenschaftlerinnen und Ingenieurinnen beschäftigt zu werden (41 %) und sind unter den Selbstständigen in den Bereichen Wissenschaft, Ingenieurwesen und IKT unterrepräsentiert (25 %).

Die Kommission räumt der Gleichstellung der Geschlechter in Forschung und Innovationen eine hohe Priorität ein und hat dies insbesondere in ihrer Mitteilung über einen neuen Europäischen Forschungsraum aus dem Jahr 2020 bekräftigt.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Bericht „She Figures 2021“](#) (in englischer Sprache)

[Info-Grafik](#) (in englischer Sprache)



## STAATSMINISTERIUM DER FINANZEN UND FÜR HEIMAT

### Jährliche Herbstprognose der Kommission zur Wirtschafts- und Finanzentwicklung

Am 11.11.2021 veröffentlichte die Kommission ihre jährliche Herbstprognose zur Wirtschafts- und Finanzentwicklung. Die Prognose behandelt für die Jahre 2021 bis 2023 die makroökonomische Situation in der EU, im Euro-Währungsgebiet sowie in den einzelnen Mitgliedstaaten. Die Kommission erwartet, dass sich die Wirtschaft der EU schneller als erwartet von der pandemiebedingten Rezession erholt: Sie dürfte in den Jahren 2021, 2022 und 2023 eine Wachstumsrate von 5 %, 4,3 % bzw. 2,5 % erreichen. Den Projektionen zufolge werden die Wachstumsraten im Euro-Währungsgebiet in den Jahren 2021 und 2022 denen in der EU entsprechen; im Jahr 2023 soll das Wachstum im Euro-Währungsgebiet hingegen 2,4 % betragen. Im Gegensatz zur Entwicklung im Euroraum senkte die Kommission ihre Prognose für das Wachstum in Deutschland. So erwartet die Kommission für 2021 eine Wachstumsrate von nur noch 2,7 %. In ihrer Frühjahrsprognose hatte sie ein BIP-Wachstum von 3,6 % zugrunde gelegt. 2022 soll die deutsche Wirtschaft um 4,6 % wachsen und 2023 um 1,7 %. Die Inflation soll von 3,1 % in diesem Jahr auf 2,2 % im nächsten Jahr und 1,7 % im Jahr 2023 sinken.

[Mitteilung der Kommission zur Veröffentlichung der Herbstprognose 2021 vom 11.11.2021](#)

[Volltext der Herbstprognose 2021](#) (in englischer Sprache)

[Herbstprognose 2021 für Deutschland](#) (in englischer Sprache)

[Webseite der Kommission zur Herbstprognose 2021 mit weiteren Informationen](#) (in englischer Sprache)

### ECOFIN: erzielte Einigung zum EU-Haushalt 2022

Die 27 Finanz- und Wirtschaftsminister berieten sich am 12.11.2021 im Format des Rates der EU für Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN) zum EU-Haushalt 2022. Nach dem erfolgreichen Abschluss von Vermittlungsgesprächen billigte der Rat am 15.11.2021 eine mit dem Europäischen Parlament (EP) erzielte Einigung über den neuen EU-Haushalt. Diese Einigung sieht vor, dass 169,5 Mrd. € an Verpflichtungen (ursprünglich EP 171,8 Mrd. € und Rat 167,7 Mrd. €) und 170,6 Mrd. € an Zahlungen (ursprünglich EP 172,5 Mrd. € und Rat 170 Mrd. €) vorgesehen sind. Die delegierte Ministerin für den EU-Haushalt aus Slowenien *Irena Dрмаž* betonte, dass der EU-Haushalt 2022 die laufende Erholung stärken und europäische Klima- und Digitalisierungsziele unterstützen werde. Außerdem bleiben im Rahmen der Ausgabenobergrenzen des Mehrjährigen Finanzrahmens 2021-2027 ausreichend Mittel übrig, damit die EU auf unvorhersehbaren Bedarf reagieren kann.

[Wichtigste Ergebnisse der ECOFIN-Tagung am 12.11.2021](#)

[Pressemitteilung des EP zur Einigung vom 16.11.2021](#) (in englischer Sprache)

[Mitteilung der Kommission zur Einigung über den EU-Haushaltsplan 2022 vom 16.11.2021](#)



### EZB-Direktoriumsmitglied *Panetta* zu digitalem Euro

Am 18.11.2021 tauschten sich Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft und Währung (ECON) des Europäischen Parlaments mit *Fabio Panetta*, Direktoriumsmitglied der Europäischen Zentralbank (EZB), über den digitalen Euro aus. *Fabio Panetta* wies darauf hin, dass mit seiner Einführung etwa 2026 gerechnet werden könne. Im Moment arbeitet die hochrangige Taskforce des Eurosystems zum digitalen Zentralbankgeld daran, Anwendungsfälle und Designmöglichkeiten zu identifizieren. Nach dieser Phase werden technologische Lösungen dazu untersucht. Die EZB geht davon aus, die designrelevanten Entscheidungen bis Anfang 2023 einzugrenzen und in den Folgemonaten einen Prototyp zu erstellen.

[Rede von \*Fabio Panetta\* zum digitalen Euro vom 18.11.2021](#) (in englischer Sprache)

[Videoaufzeichnung der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Währung vom 18.11.2021](#) (in englischer Sprache)

### Öffentliche Konsultation zur geplanten Überarbeitung der Leitlinien für staatliche Beihilfen für Breitbandnetze

Die Kommission hat am 19.11.2021 eine gezielte öffentliche Konsultation zur geplanten Überarbeitung der Leitlinien für staatliche Beihilfen für Breitbandnetze (im Folgenden „Breitbandleitlinien“) gestartet. Diese läuft bis zum 11.02.2022.

Ziel der Konsultation ist es, einige Anpassungen vorzunehmen, um im Einklang mit den aktuellen EU-Prioritäten den neuesten Markt- und Technologieentwicklungen sowie dem rasch steigenden Konnektivitätsbedarf Rechnung zu tragen. Die Kommission schlägt eine Reihe gezielter Änderungen vor, u. a. Einführung neuer Geschwindigkeitsschwellen für öffentlich geförderte Gigabit-Festnetze, Bereitstellung zusätzlicher Erläuterungen bezüglich der Förderung des Ausbaus mobiler Netze sowie Präzisierung bestimmter Begriffe, die für die beihilferechtliche Prüfung der Kommission von Bedeutung sind.

[Kommissionsinitiative zur Überarbeitung der Leitlinien für staatliche Beihilfen für Breitbandnetze](#) (in englischer Sprache)

[Entwurf der Leitlinien für staatliche Beihilfen für Breitbandnetze](#) (in englischer Sprache)

[Übersicht aller veröffentlichten Kommissionsinitiativen](#)

## EU-HAUSHALT

### Herbstpaket der Kommission 2022 zum Europäischen Semester

Am 24.11.2021 präsentierte die Kommission ihr Herbstpaket 2022 zum Europäischen Semester. Es stützt sich auf die [Herbstprognose der Kommission vom 11.11.2021](#), in der festgestellt wurde, dass die wirtschaftliche Erholung allmählich in einen Aufschwung mündet, jetzt aber mit neuem Gegenwind konfrontiert ist.



Das Herbstpaket enthält u. a. Stellungnahmen der Kommission zu den Haushaltsplanungen der Euro-Länder. Die Haushaltsplanung Deutschlands für das Jahr 2022 entspreche nach Ansicht der Kommission den Rats-Empfehlungen. Die Kommission erinnerte an die Bedeutung der wachstumsfördernden Investitionen, insbesondere an die Unterstützung des grünen und digitalen Wandels. Diese Ziele werden in der deutschen Haushaltsplanung berücksichtigt.

Weitere Bestandteile sind der Jahreswachstumsbericht, die Empfehlung für das Euro-Währungsgebiet und der sog. Warnmechanismus-Bericht, der Bericht über die verstärkte Überwachung Griechenlands und Berichte über die Überwachung nach Abschluss des Programms für Spanien, Portugal, Zypern und Irland, der Vorschlag für einen Gemeinsamen Beschäftigungsbericht sowie Schritte im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts betreffend Rumänien.

[Fragen und Antworten der Kommission zum Herbstpaket 2022](#) (mit weiteren Links in englischer Sprache)

[Stellungnahmen der Kommission zu den Übersichten über die Haushaltsplanung 2022, einschließlich Deutschland](#) (in englischer Sprache)

[Mitteilung über die Jährliche Strategie für nachhaltiges Wachstum 2022](#) (in englischer Sprache)

[Empfehlung für das Euro-Währungsgebiet 2022](#) (in englischer Sprache)

[Warnmechanismus-Bericht](#) (in englischer Sprache)

[Vorschlag für einen gemeinsamen Beschäftigungsbericht 2022](#) (in englischer Sprache)

[Bericht über die verstärkte Überwachung: Griechenland](#) (in englischer Sprache)

[Mitteilung über die Haushaltslage Rumäniens](#) (in englischer Sprache)



## STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, LANDESENTWICKLUNG UND ENERGIE

### WIRTSCHAFT MIT BINNENMARKT UND INDUSTRIE

#### Kommission legt Mitteilung zur Wettbewerbspolitik vor

Die Kommission hat am 18.11.2021 eine Mitteilung über eine Wettbewerbspolitik, die auf neue Herausforderungen vorbereitet ist, vorgelegt. In der Mitteilung wird u. a. die Wichtigkeit der Wettbewerbspolitik als Beitrag bei der wirtschaftlichen Erholung, dem grünen und digitalen Wandel sowie zur Schaffung eines wettbewerbsfähigen Binnenmarkts betont. In diesem Zusammenhang überprüft die Kommission derzeit die wettbewerbspolitischen Instrumente, um sicherzustellen, dass Fusions-, Kartell- und Beihilfenkontrolle weiterhin ihren Zweck erfüllen.

Auch die von der Kommission bereits angekündigten Vorschläge für ein Notfallinstrument für den Binnenmarkt und für ein Europäisches Chips Gesetz zur Förderung der Halbleiterproduktion sind Beispiele, wie die Wettbewerbspolitik ihren Beitrag erfüllen kann. Zudem erwägt die Kommission angesichts der außergewöhnlichen Lage in der Halbleiterproduktion, Beihilfen zu genehmigen, die potenzielle Finanzierungslücken für die Errichtung von neuen Chipfabriken im Halbleiterökosystem schließen sollen. Solche Beihilfen müssten strengen Vorkehrungen zur Sicherung des Wettbewerbs unterliegen, um zu gewährleisten, dass die Beihilfen erforderlich, angemessen und verhältnismäßig sind und dass die Vorteile der gesamteuropäischen Wirtschaft umfassend und ohne Diskriminierung zugutekommen.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Zur Mitteilung der Kommission zur Wettbewerbspolitik sowie zum Annex](#) (in englischer Sprache)

#### Kapitalmarktunion: Kommission legt Maßnahmenpaket zur Stärkung der Kapitalmarktunion vor

Die Kommission hat am 25.11.2021 ein Maßnahmenpaket zur Stärkung der Kapitalmarktunion vorgelegt. Dieses soll dazu dienen, die Kapitalbeschaffungsmöglichkeiten von Unternehmen in der gesamten EU zu verbessern und beruht auf dem von der Kommission im September 2020 vorgelegten Aktionsplan zur Kapitalmarktunion (EB 15/20). Das Paket beinhaltet mehrere Legislativvorschläge sowie eine Mitteilung:

1. Verordnungs- und Richtlinienvorschlag für einen einheitlichen europäischen Zugangspunkt für Daten (European Single Access Point – ESAP)  
Der European Single Access Point soll als zentrale Anlaufstelle für öffentliche Finanz- und Nachhaltigkeitsbezogene Informationen über EU-Unternehmen und EU-Anlageprodukte dienen.
2. Verordnungsvorschlag zur Überarbeitung der Verordnung über langfristige Investmentfonds (ELTIF)  
Durch die Überarbeitung soll die Attraktivität europäischer langfristiger Investmentfonds für Anleger erhöht und ihre Rolle als ergänzende Finanzierungsquelle für EU-Unternehmen gestärkt werden. Indem die Mindestinvestitionsschwelle von 10.000 € abgeschafft und gleichzeitig ein starker Anlegerschutz gewährleistet werden soll, sollen Investitionen für Kleinanleger erleichtert werden.



3. Richtlinienvorschlag zur Überarbeitung der Richtlinie über die Verwalter alternativer Investmentfonds (AIFMD)  
Durch den Vorschlag sollen die Effizienz und Integration des Marktes für alternative Investmentfonds verbessert werden. Insbesondere sollen hierdurch die Vorschriften für Fonds, die Unternehmen Darlehen gewährleisten, harmonisiert werden. Auch die Regeln für die Befugnisübertragung, die es Fondsverwaltern ermöglicht, Fachwissen aus Drittländern zu beschaffen, sollen präzisiert werden.
4. Verordnungsvorschlag zur Überarbeitung der Verordnung über Märkte für Finanzinstrumente (MiFIR)  
Die Überarbeitung soll zu mehr Transparenz auf den Kapitalmärkten beitragen. Ein „konsolidierter europäischer Datenticker“ soll Anlegern Zugang zu fast in Echtzeit bereitgestellten Handelsdaten für Aktien, Anleihen und Derivaten an allen Handelsplätzen in der EU verschaffen. Zudem sollen die Wettbewerbsbedingungen für Börsen und Investmentbanken weiter angeglichen werden.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Zu den Rechtstexten](#) (in englischer Sprache)

### **Herbstpaket der Kommission 2022 zum Europäischen Semester**

Die Kommission hat am 24.11.2021 ihr Herbstpaket zum Europäischen Semester vorgelegt. Es umfasst die jährliche Strategie für nachhaltiges Wachstum, Stellungnahmen zu den Haushaltsplänen der Euro-Länder für 2022, politische Empfehlungen für das Euro-Währungsgebiet und den Vorschlag der Kommission für einen gemeinsamen Beschäftigungsbericht. In den Stellungnahmen zu den Haushaltsplänen findet besondere Berücksichtigung, dass sich die Mitgliedstaaten zunehmend darauf konzentrieren, die Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen (siehe hierzu auch Beitrag des StMFH in diesem EB).

[Pressemitteilung der Kommission](#)

### **Gesetz über Digitale Märkte: Positionen des Rates und des Parlaments angenommen**

Die Wettbewerbsfähigkeitsministerinnen und -minister haben am 25.11.2021 im Rahmen ihrer Ratstagung ihre Allgemeine Ausrichtung zum Gesetz über digitale Märkte (Digital Markets Act, DMA) angenommen und das Mandat für die Aufnahme von Trilogverhandlungen mit dem Europäischen Parlament (EP) und der Kommission erteilt.

Das EP hat seine Position zum DMA im federführenden Binnenmarktausschuss (IMCO) bereits am 22.11.2021 angenommen. Die Bestätigung im Plenum des EP wird für Mitte Dezember erwartet. Im Anschluss können die Trilogverhandlungen beginnen.



Der Vorschlag zum DMA wurde von der Kommission im Dezember 2020 vorgelegt (EB 20/20) und enthält eine Reihe von Geboten und Verboten für sogenannte Torwächter auf digitalen Märkten und zielt auf einen offeneren und faireren Wettbewerb ab (siehe hierzu auch Beitrag des StMD in diesem EB).

[Pressemitteilung des Rates](#) (in englischer Sprache)

[Pressemitteilung des EP](#) (in englischer Sprache)

### **Gesetz über Digitale Dienste: Positionen des Rates angenommen**

Die Wettbewerbsfähigkeitsministerinnen und -minister haben am 25.11.2021 im Rahmen ihrer Ratstagung ihre Allgemeine Ausrichtung zum Gesetz über digitale Dienste (Digital Services Act, DSA) angenommen und das Mandat für die Aufnahme von Trilogverhandlungen mit dem Europäischen Parlament (EP) und der Kommission erteilt.

Der DSA zielt darauf ab, die Nutzer vor illegalen Waren, Inhalten oder Dienstleistungen im Internet zu schützen und wurde von der Kommission im Dezember 2020 vorgelegt (EB 20/20).

Sobald das EP seine Position ebenfalls festgelegt hat, können die Trilogverhandlungen zwischen Rat, EP und Kommission beginnen (siehe hierzu auch Beitrag des StMD in diesem EB).

[Pressemitteilung des Rates](#) (in englischer Sprache)

### **Digitalisierung des Finanzsektors: Rat legt Positionen zur Verordnung über Märkte für Kryptowerte und zur Verordnung über digitale Betriebsstabilität fest**

Der Rat hat am 24.11.2021 Allgemeine Ausrichtungen zu zwei Vorschlägen, die Teil des Pakets zur Digitalisierung des Finanzsektors vom September 2020 (EB 15/20) sind, angenommen. Die Positionen beziehen sich auf die Verordnung über Märkte für Kryptowerte (MiCA) und die Verordnung über digitale Betriebsstabilität (DORA). Zugleich wurde auch das Verhandlungsmandat für die Aufnahme von Trilogverhandlungen zwischen Rat, Europäischem Parlament (EP) und Kommission erteilt. Sobald das EP seine Position ebenfalls festgelegt hat, können die Trilogverhandlungen beginnen.

Die MiCA-Verordnung zielt darauf ab, einen Regulierungsrahmen für den Markt für Kryptowerte zu schaffen, der die Förderung von Innovationen und die Nutzung des Potenzials von Kryptowerten unter Wahrung der Finanzstabilität und des Anlegerschutzes ermöglicht.

Durch die DORA-Verordnung soll ein Rechtsrahmen für die Betriebsstabilität digitaler Systeme geschaffen werden.

[Pressemitteilung des Rates](#)



### **Kritische Rohstoffe: Europäisches Parlament nimmt EntschlieÙung an**

Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments (EP) haben am 24.11.2021 eine EntschlieÙung zu kritischen Rohstoffen angenommen. Diese steht auch im Zusammenhang mit dem von der Kommission im September 2020 vorgelegten Aktionsplan für kritische Rohstoffe (EB 14/20). Dieser hat das Ziel, Europa unabhängiger von Drittstaaten zu machen und den Übergang zu einer grünen und digitalen Wirtschaft zu unterstützen.

In der EntschlieÙung betonen die Abgeordneten u. a., dass die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen nicht durch die Abhängigkeit von Rohstoffen ersetzt werden sollte. Aus Sicht des EP drohe aufgrund der Ambitionen bestimmter Länder in den Bereichen Klimaschutz und Digitalisierung eine Verschärfung des Wettbewerbs auf den Weltmärkten.

Das EP fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten zudem auf, sobald wie möglich ein wichtiges Vorhaben von gemeinsamem europäischen Interesse (IPCEI) zu kritischen Rohstoffen ins Leben zu rufen. Auch eine Förderung von Forschung und Entwicklung sowie Fähigkeiten und Kompetenzen in Bezug auf kritische Rohstoffe insbesondere in kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) sei notwendig. Des Weiteren sollten Projekte mit kritischen Rohstoffen bessere Finanzierungsmöglichkeiten im Rahmen der nationalen Aufbaupläne und der Taxonomie-Verordnung (EB 01/20) erhalten. Aus Sicht der Abgeordneten müsse Recycling eine Schlüsselrolle bei kritischen Rohstoffen spielen (siehe hierzu auch Beitrag des StMUV in diesem EB).

[Pressemitteilung des EP](#)

[Angenommener Text des EP](#)

### **Arzneimittel: Europäisches Parlament nimmt EntschlieÙung zur Arzneimittelstrategie an**

Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments (EP) haben am 24.11.2021 eine EntschlieÙung für eine Arzneimittelstrategie für Europa angenommen. Zu den wichtigsten Empfehlungen und Forderungen der EntschlieÙung gehören u. a., die Ursachen von Arzneimittelengpässen zu beheben, den Zugang von Patienten zu sicheren, bezahlbaren und wirksamen Behandlungen mit Arzneimitteln zu gewährleisten und die Preistransparenz zu erhöhen.

Weitere Forderungen sind eine öffentliche Finanzierung für Forschung und Entwicklung sowie der Aufbau einer Resilienz in der Herstellung und der Versorgung in der EU.

Der Bericht steht im Zusammenhang mit der Arzneimittelstrategie der Kommission vom November 2020 (EB 19/20). Ihr Ziel ist es, der EU- Arzneimittelpolitik eine langfristige Vision zu geben: Sie soll krisenresistent und nachhaltig sein, die Position der EU als Weltmarktführerin stärken und gleichzeitig den Zugang zu erschwinglichen Arzneimitteln für Patienten sicherstellen. In der Strategie wurde die Aktualisierung der entsprechenden Gesetzgebung bereits angekündigt.

[Pressemitteilung des EP](#)

[Angenommener Text](#)



### **Staatliche Beihilfen: Kommission nimmt überarbeitete Mitteilung über wichtige Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse an**

Die Kommission hat am 25.11.2021 eine überarbeitete Mitteilung über die Beihilfenvorschriften für wichtige Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse (IPCEI) angenommen. IPCEI sind grenzüberschreitende Innovations- und Infrastrukturvorhaben, die einen wesentlichen Beitrag zur Umsetzung von EU-Strategien leisten und gleichzeitig positive Spillover-Effekte erzeugen, die der gesamten EU zugutekommen.

Die IPCEI-Mitteilung gilt ab dem 01.01.2022 und enthält die Kriterien, nach denen die Kommission die Unterstützung der Mitgliedstaaten beurteilt. Die Überarbeitung der Mitteilung geht auf die im Rahmen der Eignungsprüfung der Beihilfenvorschriften durchgeführte Evaluierung und die darauf beruhende Konsultation vom Februar 2021 (EB 04/21) zurück.

Die überarbeitete IPCEI-Mitteilung enthält eine Reihe gezielter Anpassungen, die insbesondere den europäischen und offenen Charakter von IPCEI weiter stärken, die Teilnahme kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) an IPCEI erleichtern und die Ziele an die aktuellen EU-Prioritäten anpassen sollen.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

### **Staatliche Beihilfen: Kommission verlängert Befristeten Beihilferahmen**

Die Kommission hat am 18.11.2021 beschlossen, den Befristeten Beihilferahmen für staatliche Beihilfen (EB 05/20) bis zum 30.06.2022 zu verlängern. Hierdurch soll es den Mitgliedstaaten ermöglicht werden, ihrer nationalen Maßnahme zur Unterstützung von durch die Folgen der Corona-Pandemie betroffenen Unternehmen fortzuführen. Zudem hat die Kommission eine Reihe gezielter Anpassungen vorgenommen, u. a. hat sie ein neues Instrument zur Investitionsförderung sowie ein Instrument für befristete Solvenzhilfen geschaffen.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

### **Staatliche Beihilfen: Kommission genehmigt deutsche Maßnahme zur Unterstützung der Messe- und Kongressbranche**

Die Kommission hat am 11.11.2021 eine deutsche Beihilferegulung in Höhe von 208 Mio. € zur Unterstützung von Unternehmen der Messe- und Kongressbranche für die Folgen der COVID-19-Pandemie genehmigt. Förderfähig sind Unternehmen, die Messen und Kongressinfrastrukturen an Dritte vermieten und die zwischen dem 01.01.2021 und 31.12.2021 aufgrund restriktiver Maßnahmen der Bundesländer Gewinneinbußen erlitten haben.

[Pressemitteilung der Kommission](#)



### **Staatliche Beihilfen: Kommission genehmigt Änderungen am paneuropäischen Garantiefonds für Unternehmen**

Die Kommission hat am 22.11.2021 Änderungen am paneuropäischen Garantiefonds zur Unterstützung von Unternehmen in der Corona-Krise genehmigt. Die Änderungen beinhalten u. a. eine Anhebung der Finanzierungsobergrenze und eine Verlängerung der Laufzeiten. Die Einrichtung des Fonds hatte die Kommission im Dezember 2020 genehmigt (EB 20/20). Er wird von der Europäischen Investitionsbank (EIB) verwaltet und dient der Mobilisierung zusätzlicher Finanzmittel, die vor allem kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) zugutekommen sollen. Auch Deutschland hat sich neben 21 weiteren Mitgliedstaaten an dem Fonds beteiligt.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

### **Staatliche Beihilfen: Kommission nimmt neue Anhänge zu ETS-Leitlinien an**

Die Kommission hat 24.11.2021 zwei neue Anhänge zu den Leitlinien für staatliche Beihilfen im Rahmen des EU-Emissionshandelssystems (ETS-Leitlinien) (EB 15/20) angenommen. Diese ergänzen die ETS-Leitlinien und definieren die anwendbaren Effizienzbenchmarks und CO<sub>2</sub>-Faktoren. Ziel der ETS-Leitlinien ist, eine Verlagerung von CO<sub>2</sub>-Emissionen in Drittstaaten zu vermeiden. Die Leitlinien ermöglichen es den Mitgliedstaaten insbesondere, für von einer Verlagerung bedrohte Sektoren Entschädigungen für höhere Strompreise zu erhalten.

[Daily News der Kommission](#) (in englischer Sprache)

### **REACT-EU: 11 Mrd. € für 2022 bereitgestellt**

Die Kommission hat dem Programm REACT-EU (EB 19/20) am 24.11.2021 rund 11 Mrd. € für das Jahr 2022 zugewiesen. REACT-EU ist Teil des Aufbauplans NextGenerationEU und sieht zusätzliche Mittel in Höhe von 50,6 Mrd. € für die kohäsionspolitischen Programme für die Jahre 2021 und 2022 vor, die bis Ende 2023 abgerufen werden sollen. Rund 40 Mrd. € wurden bereits 2021 zur Verfügung gestellt und dank der zügigen Genehmigung der Maßnahmen der Mitgliedstaaten schon zu 92 % den Investitionsprogrammen zugewiesen. Was die Verwendung der Tranche 2022 angeht, können die Mitgliedstaaten ihre geänderten Programme nun an die Kommission übermitteln und nach deren Genehmigung die neuen Mittel ab dem 01.01.2022 abrufen.

Ziel von REACT-EU ist es, die Erholung von der Coronavirus-Krise zu unterstützen – durch die Förderung der Krisenbewältigung und der Resilienz von Gesundheitssystemen und Unternehmen sowie durch Unterstützung der am stärksten gefährdeten Gruppen – und gleichzeitig einen Beitrag zu den ökologischen und digitalen Prioritäten für eine intelligente und nachhaltige Erholung zu leisten.

[Pressemitteilung der Kommission](#)



### **Kohäsionspolitik: Kommission veröffentlicht erste Aufforderung zur Einreichung von Projekten für das Instrument für Interregionale Innovationsinvestitionen**

Die Kommission hat am 24.11.2021 eine erste Aufforderung zur Einreichung von Projekten für das Instrument für Interregionale Innovationsinvestitionen (I3) des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) veröffentlicht. Mit I3 werden bereits etablierte und neu entstehende Partnerschaften zwischen Forschung, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und öffentlicher Verwaltung bei Investitionen in interregionale Innovationsprojekte und bei der Entwicklung von Wertschöpfungsketten in weniger entwickelten Regionen unterstützt. Die erste Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen im Rahmen von I3 im Wert von insgesamt 145 Mio. € deckt die Jahre 2021 und 2022 ab, insgesamt ist das neue Finanzierungsinstrument für den Zeitraum 2021–2027 angesetzt und mit 570 Mio. € ausgestattet.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

### **Start des Start-up Village Forums: Unterstützung von Start-up Unternehmen im ländlichen Raum**

Die Kommission hat am 16.11.2021 das Start-up Village als Teil der langfristigen Vision der EU für den ländlichen Raum vom Juni 2021 (EB 12/21) ins Leben gerufen. Das jährlich stattfindende Forum soll ein offener Raum werden, in dem sich lokale, regionale, nationale und europäische Institutionen und Interessenvertreter treffen, diskutieren und Maßnahmen für gründungsorientierte Innovation in ländlichen Gebieten gestalten können. Es dient somit der Vernetzung von Akteuren sowie der Entwicklung ländlicher Innovationsökosysteme und soll Erkenntnisse über Start-ups und Innovationen im ländlichen Raum sowie über die Lücken und Potentiale von Innovationsökosystemen liefern.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

### **Staatliche Beihilfen: Öffentliche Konsultation zur geplanten Überarbeitung der Leitlinien für staatliche Beihilfen für Breitbandnetze**

Die Kommission hat am 19.11.2021 eine gezielte öffentliche Konsultation zur geplanten Überarbeitung der Beihilfevorschriften für den Breitbandausbau eingeleitet (siehe hierzu auch Beitrag des StMFH in diesem EB). Die Breitbandleitlinien zielen darauf ab, den Ausbau und die Nutzung von Breitbandnetzen in Gebieten mit unzureichender Netzanbindung in der EU zu erleichtern. Demnach soll es für die Mitgliedstaaten unter bestimmten Voraussetzungen möglich sein, moderne Infrastrukturen zu fördern, die hochwertige und erschwingliche Konnektivitätsdienste für Endnutzer zur Verfügung stellen.

Die nun vorgeschlagenen Änderungen der Kommission stellen auf die Ergebnisse der Evaluierung der derzeitigen Breitbandleitlinien ab (EB 14/20). Die neuen Breitbandleitlinien sollen Mitte 2022 angenommen werden. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis 11.02.2022.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Zur Konsultation](#) (in englischer Sprache)



### Konsultation für eine Verordnung zur Börsennotierung

Die Kommission hat am 19.11.2021 eine öffentliche Konsultation für eine geplante Verordnung zur Börsennotierung eingeleitet sowie eine Sondierung zu einer Folgenabschätzung veröffentlicht. Ziel der Verordnung ist eine Vereinfachung der Börsennotierungsvorschriften, darunter auch Zulassungsfolgepflichten, um die öffentlichen Kapitalmärkte für EU-Unternehmen attraktiver zu machen und insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) den Kapitalzugang zu erleichtern. Hintergrund der Initiative ist, dass viele Unternehmen Börsengänge als zu aufwendig und teuer erachten und sich dadurch die damit einhergehenden Vorteile entgehen lassen. Die Annahme des Verordnungsvorschlags durch die Kommission ist für das 3. Quartal 2022 geplant. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis 11.02.2022.

[Zur Initiative](#)

[Zur Konsultation](#)

### Unternehmensberichterstattung: Konsultation zur Verbesserung der Qualität und Durchsetzung

Die Kommission hat am 12.11.2021 eine öffentliche Konsultation für einen geplanten Richtlinienvorschlag zur Verbesserung der Qualität und Durchsetzung der Unternehmensberichterstattung eingeleitet sowie eine Sondierung zu einer Folgenabschätzung veröffentlicht (siehe hierzu auch Beitrag des StMJ in diesem EB). Davon umfasst sind u. a. Abschlüsse von Unternehmen, Lageberichte einschließlich der nichtfinanziellen Erklärung und die Erklärung zur Corporate Governance sowie die länderbezogene Berichterstattung. Die Konsultation berücksichtigt dabei u. a. auch die Ergebnisse der 2018 durchgeführten Konsultation im Bereich der Unternehmensberichterstattung (07/18). Die Vorlage des Richtlinienvorschlags ist für das 4. Quartal 2022 geplant. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis 04.02.2022.

[Zur Initiative](#)

[Zur Konsultation](#)

## AUßENWIRTSCHAFT

### Tagung des Handelsministerrats

Die Handelsministerinnen und -minister tauschten sich am 11.11.2021 u. a. zu den Beziehungen zwischen der EU und den USA aus. Im Fokus stand insbesondere die am 31.10.2021 erfolgte Ankündigung zum Handel mit Stahl und Aluminium (EB 18/21) sowie das künftige Engagement im Rahmen des EU-US-Handels- und Technologierates (EB 17/21). Die Minister begrüßten die jüngsten Erfolge und bekräftigten ihre Entschlossenheit, eine positive, zukunftsorientierte transatlantische Agenda voranzutreiben.

Zudem erörterte der Rat die jüngsten Entwicklungen im Zusammenhang mit dem WTO-Reformprozess und die Vorbereitungen für die 12. Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation, die vom 30.11. bis 03.12. in Genf stattfinden wird. Sie zeigten hierbei breite Unterstützung für die von der Kommission vorgeschlagene Aktionslinie.



Des Weiteren führten die Minister einen Austausch über den Bericht zur Umsetzung und Durchsetzung der Handelsabkommen der EU, über die laufende Überprüfung der Umsetzung und Durchsetzung von Nachhaltigkeitskriterien in EU-Handelsabkommen sowie zum aktuellen Stand laufender bilateraler Verhandlungen.

[Ergebnisse der Ratstagung](#)

### **Handel: Kommission veröffentlicht Ergebnisse zu Ausfuhrkontrollen und zur Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen**

Die Kommission hat am 23.11.2021 ihre Ergebnisse zur Umsetzung der Regeln zur Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen (FDI) (EB 05/19) und zu Ausfuhrkontrollen der EU vorgestellt. Demnach hat die Kommission seit dem Inkrafttreten der neuen Rechtsvorschriften zur Überwachung ausländischer Direktinvestitionen (EB 17/20) insgesamt 400 ausländische Investitionen geprüft. Zudem wurden über 30.000 Anträge auf Ausfuhr von Gütern und Technologien, die sowohl für zivile als auch für militärische Zwecke eingesetzt werden können, im Rahmen der EU-Ausfuhrkontrollregelung geprüft. Dabei wurden 603 dieser Ausfuhr blockiert.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

### **Bericht der Kommission über Handel und Beschäftigung**

Die Kommission hat am 12.11.2021 einen Bericht über Handel und Beschäftigung veröffentlicht, der die Bedeutung einer offenen Handelspolitik für die Beschäftigung in Europa aufzeigt. Er enthält eine Reihe von Statistiken über europäische Arbeitsplätze im Zusammenhang mit dem europäischen Handel. Dem Bericht zufolge wurden über 38 Mio. Arbeitsplätze in der EU durch EU-Ausfuhr gesichert und damit ein Zuwachs von 11 Mio. innerhalb von zehn Jahren. Parallel zu einem Anstieg der exportbezogenen Arbeitsplätze um 75 % zwischen 2000 und 2019 nahmen die Gesamtausfuhr um 130 % zu. 93 % aller EU-Ausfuhrer sind zudem kleine und mittlere Unternehmen (KMU).

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Bericht über Handel und Beschäftigung 2021](#) (in englischer Sprache)

### **EU, USA und Japan geben gemeinsame Erklärung zur Erneuerung der trilateralen Partnerschaft ab**

In einer gemeinsamen Erklärung gaben die EU, USA und Japan am 17.11.2021 bekannt, dass sie ihre trilaterale Partnerschaft erneuern wollen, um die globalen Herausforderungen zu bewältigen, die durch nicht marktkonforme Praktiken von Drittländern entstehen.



Insbesondere wollen sie Praktiken angehen, die zu Überkapazitäten führen, unfaire Wettbewerbsbedingungen schaffen und negative Auswirkungen auf den internationalen Handel haben.

[Daily News der Kommission](#) (in englischer Sprache)

[Gemeinsame Erklärung](#) (in englischer Sprache)

## ENERGIE

### **Vorhaben von gemeinsamem Interesse (PCI) im Energiebereich: Kommission schlägt fünfte Liste vor**

Die Kommission hat am 19.11.2021 die fünfte Liste von Energievorhaben von gemeinsamem Interesse (PCI) angenommen. PCIs sind grenzüberschreitende Energieinfrastrukturvorhaben, die wichtig für den Aufbau eines stärker integrierten und resilienteren EU-Energiebinnenmarkts und die Verwirklichung der Energie- und Klimaziele der EU sind (EB 20/19). Die fünfte Liste umfasst 98 Vorhaben in den Bereichen Stromübertragung und -speicherung, Gas, Kohlendioxidnetze und intelligente Netze. Unter den vorgeschlagenen Projekten finden sich auch die Starkstromleitungen SüdLink und SüdOstLink und das Pumpspeicherkraftwerk Riedl auf (teilweise) bayerischem Boden. Es werden keine neuen Gasinfrastrukturvorhaben im Rahmen des Vorschlags der Kommission unterstützt.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

### **Kommission gibt Gelegenheit zur Stellungnahme für eine neue Strategie für das Handeln im internationalen Energiebereich**

Die Kommission hat am 22.11.2021 eine Sondierung zu einer neuen Strategie für das Handeln im internationalen Energiebereich veröffentlicht. Ziel der Strategie soll sein, die Energiewende innerhalb der EU voranzubringen und gleichzeitig den gleichen Übergang in den Partnerländern zu unterstützen. Dazu sollen in der Strategie eine Reihe direkter und indirekter Initiativen über bilaterale oder multilaterale Kanäle und konkrete Partnerschaften zur Förderung der Dekarbonisierung von Energiesystemen innerhalb der EU und auf internationaler Ebene vorgeschlagen werden. Die Annahme der Mitteilung durch die Kommission ist für das 1. Quartal 2022 geplant. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis 20.12.2021.

[Zur Initiative](#)



## STAATSMINISTERIUM FÜR UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ

### UMWELT

#### Kritische Rohstoffe: Europäisches Parlament nimmt Entschließung an

Am 24.11.2021 hat das Europäische Parlament (EP) mit 543 Stimmen zu 52 Stimmen bei 94 Enthaltungen eine Entschließung zu einer europäischen Strategie für kritische Rohstoffe angenommen. Darin fordern die Abgeordneten eine EU-Strategie zur Stärkung der strategischen Autonomie und Widerstandsfähigkeit bei der Versorgung mit kritischen Rohstoffen, indem ein Sekundärmarkt mit recycelten Ressourcen, die diese Materialien enthalten, aufgebaut wird. Da kurz- bis mittelfristig die Konzentration auf das Recycling allein nicht ausreicht, um die steigende Nachfrage nach kritischen Rohstoffen zu decken, seien nachhaltige Beschaffungsmöglichkeiten in Mitgliedstaaten mit großen Vorkommen an kritischen Rohstoffen weiter zu erkunden. Das EP fordert die Mitgliedstaaten auf, den fristgerechten Abschluss, die Berechenbarkeit und die Transparenz der Genehmigungsverfahren für Prospektions- und Gewinnungsprojekte zu verbessern, ohne dabei die Umwelt- und Sozialnormen zu senken. Nach Ansicht der Abgeordneten kommt dem Abfallrecycling eine Schlüsselrolle zu, da in elektrischen oder elektronischen Geräten kritische Rohstoffe in erheblichem Umfang verbaut sind. Die Kommission und die Mitgliedstaaten sollten die Bemühungen um ordnungsgemäßes Sammeln und Recyceln von Altgeräten mit kritischen Rohstoffen verstärken, anstatt diese auf Deponien oder in Verbrennungsanlagen zu entsorgen. Die Abgeordneten betonen, dass strengere Kontrollen von Ausfuhren wichtiger Abfallprodukte, die kritische Rohstoffe enthalten, aus der Union erforderlich sind. Es sollte eine neue Arbeitsgruppe für kritische Rohstoffe zur Koordinierung der nationalen Aktivitäten gegründet werden (siehe hierzu Beitrag des StMWi in diesem EB).

[Entschließung](#)

[Pressemitteilung des EP](#)

#### Daten zur kommunalen Abwasserbehandlung veröffentlicht

Am 19.11.2021 hat die Europäische Umweltagentur (EEA – European Environment Agency) Daten zur kommunalen Abwasserbehandlung für alle 27 Mitgliedstaaten sowie aus Island und Norwegen veröffentlicht. Aus den Daten ist ersichtlich, dass sich die Abwassersammlung und -behandlung in ganz Europa verbessert. In der EU werden ca. 90 % der kommunalen Abwässer nach den Anforderungen der Richtlinie zur Behandlung von kommunalem Abwasser (Richtlinie 91/271/EWG) gesammelt und behandelt. In Österreich, Deutschland, Luxemburg und den Niederlanden werden die Abwässer zu 100 % nach den europäischen Anforderungen behandelt. Zehn weitere Länder erreichen einen Konformitätsgrad von mehr als 90 %. Allerdings werden in Irland, Bulgarien, Rumänien, Ungarn und Malta diese Standards nur bei weniger als der Hälfte der kommunalen Abwässer eingehalten. Basierend auf aktuellen Daten enthalten die Länderprofile interaktive Karten mit Kläranlagen in ganz Europa, zeigen die Fortschritte des jeweiligen Landes bei der Erreichung der Ziele für die Abwasserbehandlung auf und enthalten Informationen zum Schutz empfindlicher Wassersysteme, der



Verwendung von Klärschlamm und den Treibhausgasemissionen des Abwasserbehandlungssektors. Die jeweiligen Daten sind über die Plattform des Wasserinformationssystems für Europa (WISE) abrufbar.

[Bericht](#) (in englischer Sprache)

[WISE](#) (in englischer Sprache)

### **Interaktiver Bericht zu Klimarisiken in Europa veröffentlicht**

Am 19.11.2021 hat die Europäische Umweltagentur (EEA – European Environment Agency) einen Bericht zu Klimarisiken in Europa veröffentlicht, der insbesondere einen Überblick über die vergangenen und prognostizierten Veränderungen der wichtigsten Klimagefahren in Europa enthält. Alle europäischen Regionen müssen sich auf häufigere und schwerere extreme Wetterereignisse und andere Klimarisiken, wie intensivere Hitzewellen, Überschwemmungen, Stürme, Waldbrände und Wasserknappheit, einstellen. Insbesondere der Mittelmeerraum muss sich auf heißere Sommer und häufigere Dürren einstellen. Die einzelnen Klimagefahren in Europa werden in 32 Indizes zusammengefasst, die nach internationalem Standard in sechs Gefahrentypen gruppiert sind. Der Bericht enthält neben Detailinformationen zu den verschiedenen Regionen auch interaktive Karten, um die Klimagefahren für Betroffene besser darzustellen. Der Bericht stellt allen europäischen Ländern qualitativ hochwertige, angereicherte Daten zur Verfügung, um die jeweiligen Auswirkungen konkret beurteilen zu können.

[Bericht](#) (in englischer Sprache)

### **Konsultation zur Berechnung von Treibhausgasemissionen im Güter- und Personenverkehr**

Am 19.11.2021 hat die Kommission eine Konsultation für eine Folgenabschätzung für die Berechnung und Bilanzierung von Treibhausgasemissionen im Güter- und Personenverkehr veröffentlicht. Damit sollen Erkenntnisse für einen Vorschlag zu einem einheitlichen EU-Rahmen für die Berechnung und Bilanzierung verkehrsbedingter Treibhausgasemissionen gewonnen werden. Ziel ist es, Anreize für die Verringerung der Emissionen aus Verkehr und Logistik zu setzen und gleiche Wettbewerbsbedingungen für die Bilanzierung von Treibhausgasemissionen im Verkehrs- und Logistiksektor zu schaffen. Bis zum 17.12.2021 besteht die Möglichkeit zur Stellungnahme. Anschließend hat die Kommission für Anfang 2022 eine weiterführende Konsultation angekündigt. Der Vorschlag für den einheitlichen EU-Rahmen ist für das 4. Quartal 2022 geplant.

[Konsultation](#)

### **Neue Bodenstrategie der EU veröffentlicht**

Am 17.11.2021 hat die Kommission die neue Bodenstrategie der EU als wichtigen Baustein des europäischen Grünen Deals und der Biodiversitätsstrategie der EU für 2030 veröffentlicht. Die Strategie bildet den Rahmen mit konkreten Maßnahmen für Schutz, Wiederherstellung und nachhaltige Nutzung der Böden. Darin schlägt die Kommission eine Reihe freiwilliger sowie rechtsverbindlicher Maßnahmen vor, um den Gehalt an



organischem Kohlenstoff in landwirtschaftlich genutzten Böden zu erhöhen, die Wüstenbildung zu bekämpfen sowie geschädigte Flächen und Böden zu sanieren. Bis 2050 sollen alle Bodenökosysteme einen gesunden Zustand erreichen. Böden sollen ebenso geschützt werden wie Wasser, Meeresumwelt und Luft. Insbesondere wird nach Durchführung einer Folgenabschätzung und Konsultation von Interessensträgern und Mitgliedstaaten ein Vorschlag für ein neues Bodengesundheitsschutzgesetz bis 2023 erarbeitet werden. Die Kommission wird Vorschläge für Rechtsvorschriften zur Ermittlung, Registrierung und Sanierung schadstoffbelasteter Flächen prüfen, eine EU-Beobachtungsliste für Bodenschadstoffe erarbeiten, die Richtlinie über Industrieemissionen überarbeiten und die Richtlinie über die Umwelthaftung evaluieren. Die Möglichkeit eines Bodengesundheitszertifikats bei Grundstücksverkäufen wird ebenfalls von der Kommission geprüft.

[EU-Bodenstrategie](#) (in englischer Sprache)

[Faktenblatt](#) (in englischer Sprache)

[FAQ zur Bodenstrategie](#)

### **Vorschlag für eine Novellierung der Abfallverbringungsverordnung veröffentlicht**

Am 17.11.2021 hat die Kommission einen Vorschlag für eine Überarbeitung der seit 2006 geltenden Verordnung über die Verbringung von Abfällen (Verordnung (EG) Nr. 1013/2006) veröffentlicht. Mit der neuen Abfallverbringungsverordnung soll die Verlagerung der EU-Abfallproblematik in Drittländer vermieden, der Transport von Abfällen zum Recycling und zur Wiederverwertung in der EU erleichtert und die illegale Abfallverbringung besser bekämpft werden. Der Vorschlag enthält insbesondere strengere Vorschriften für die Ausfuhr von Abfällen, ein effizienteres System für den Verkehr von Abfällen als Ressource und verstärkte Maßnahmen gegen den illegalen Abfallhandel. So sollen Ausfuhren von Abfällen in Nicht-OECD-Länder nur zugelassen werden, wenn die Drittländer die angenommenen Abfälle auch nachhaltig bewirtschaften können. Die Verbringung von Abfällen in OECD-Länder wird überwacht und kann ausgesetzt werden, wenn sie zu Umweltproblemen im Bestimmungsland führt. Zudem sollen alle Verfahren für die Verbringung von Abfällen zwischen EU-Mitgliedstaaten vollständig digitalisiert werden, insbesondere für sog. „grün gelistete Abfälle“ (= können ohne Genehmigung grenzüberschreitend verbracht werden). Eine EU-Gruppe für die Durchsetzung der Vorschriften über die Abfallverbringung soll etabliert werden. Zur Bekämpfung des illegalen Abfallhandels soll das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) länderübergreifende Ermittlungen unterstützen. Zudem sind strengere Verwaltungssanktionsmöglichkeiten vorgesehen.

[Verordnungsentwurf](#) (in englischer Sprache)

[Faktenblatt](#) (in englischer Sprache)

### **Konsultation zur Aktualisierung der Liste invasiver gebietsfremder Arten**

Am 16.11.2021 hat die Kommission eine Konsultation zum Entwurf für eine Durchführungsverordnung für die Aktualisierung der Liste invasiver gebietsfremder Arten, die die biologische Vielfalt und die Ökosysteme in der gesamten EU bedrohen, gestartet. Invasive gebietsfremde Arten sind Tiere und Pflanzen, die unbeabsichtigt



oder vorsätzlich in eine natürliche Umwelt eingebracht werden, in der sie normalerweise nicht vorkommen. Die EU führt eine Liste der „invasiven gebietsfremden Arten von unionsweiter Bedeutung“, für die die EU-Länder koordinierte Maßnahmen ergreifen müssen, um ihre Einschleppung und Ausbreitung zu bekämpfen bzw. zu verhindern. Mittels der Durchführungsverordnung sollen neue Arten in die Liste aufgenommen werden. Stellungnahmen können bis zum 14.12.2021 abgegeben werden. Die Durchführungsverordnung soll bis Ende 2021 seitens der Kommission angenommen werden.

[Konsultation](#)

### **Bericht über die gesundheitlichen Auswirkungen der Luftverschmutzung in Europa**

Am 15.11.2021 hat die Europäische Umweltagentur (EEA – European Environment Agency) einen Bericht zu den gesundheitlichen Auswirkungen der Luftverschmutzung in Europa (Health impacts of air pollution in Europe) veröffentlicht. Die Luftqualität in Europa hat sich 2019 gegenüber 2018 weiter verbessert und folgt einem langfristigen Trend, der durch Maßnahmen zur Verringerung der Emissionen und zur Verbesserung der Luftqualität erzielt wird. Allerdings bleibt eine schlechte Luftqualität weiterhin das größte umweltbedingte Gesundheitsproblem für die Menschen in Europa. Nach den aktuellen Schätzungen der EEA starben 2019 in der EU 307.000 Menschen vorzeitig an den Folgen der Feinstaubbelastung (2018: 346.000 Menschen). Mindestens 58 % bzw. 178.000 dieser Todesfälle hätten laut dem Bericht vermieden werden können, wenn alle EU-Mitgliedstaaten den neuen WHO-Luftqualitätsrichtwert für Feinstaub von 5 Mikrogramm pro Kubikmeter ( $\mu\text{g}/\text{m}^3$ ) erreicht hätten. Neben Feinstaub führt auch die Belastung mit Ozon (16.800 Fälle) und Stickstoffdioxid (40.400 Fälle) zu vorzeitigen Todesfällen. Die Daten zeigen, dass die Luftverschmutzung in den meisten europäischen Ländern weiterhin über den gesetzlichen Grenzwerten der EU liegt. Der Bericht wurde im Vorfeld des EU-Forums für saubere Luft, das am 18./19.11.2021 stattgefunden und die Entwicklung und Umsetzung von Luftreinhaltemaßnahmen erörtert hat, veröffentlicht.

[Bericht](#)

### **Bericht über die durch den Klimawandel bedingten Migrationsbewegungen in Afrika**

Am 11.11.2021 hat die Gemeinsame Forschungsstelle (JRC - Joint Research Centre; wissenschaftliche Dienst der Kommission) einen Bericht über die durch den Klimawandel bedingten Migrationsbewegungen in Afrika veröffentlicht. Der Bericht quantifiziert die Bevölkerungsgruppen, die in Zukunft den Auswirkungen des Klimawandels ausgesetzt und dafür anfällig sein werden, und zeigt Zusammenhänge zwischen Klimawandel und Nettomigration in der jüngsten Vergangenheit auf. Die globalen Klimamuster verändern sich und führen zu langsamen Veränderungen der Ökosysteme und der landwirtschaftlichen Produktivität oder zu plötzlich auftretenden Katastrophen wie Hurrikans, Hitzewellen und Dürren. Der Klimawandel wird deshalb tiefgreifende Auswirkungen auf die Bevölkerungsdynamik haben. Es wurden vergangene Trends und künftige Bevölkerungsprognosen unter dem Blickwinkel verschiedener Klimaszenarien untersucht. Dem Bericht zufolge sind gemeinsame Anstrengungen in den Bereichen Migration, Klimaanpassung und Entwicklungspolitik



notwendig, um die betroffenen Gemeinschaften zu schützen, da die negativen Auswirkungen des Klimawandels ihre Lebensgrundlagen weiterhin untergraben.

[Bericht](#) (in englischer Sprache)

## VERBRAUCHERSCHUTZ

### Konsultation zur Datenerhebung über die Verabreichung von Antibiotika bei Tieren

Am 23.11.2021 hat die Kommission eine öffentliche Konsultation zum Entwurf der Durchführungsverordnung zur Festlegung des Formats der zu erhebenden und zu meldenden Daten für den Verkauf und die Verwendung antimikrobieller Arzneimittel bei Tieren gemäß der EU-Tierarzneimittel-Verordnung (Verordnung (EU) 2019/6) eingeleitet. Mit der Durchführungsverordnung soll das Format der Daten festgelegt werden, die die Mitgliedstaaten beim Verkauf antimikrobieller Arzneimittel und bei der Verabreichung dieser Antibiotika an Tiere in der EU erheben. Bis zum 21.12.2021 sind Stellungnahmen möglich. Die Annahme durch die Kommission ist noch für 2021 geplant.

[Konsultation](#)

### EuGH stärkt die Vergleichbarkeit der Nährwertkennzeichnung von Lebensmitteln

Der EuGH hat mit Urteil vom 11.11.2021 in der Rechtssache [C-388/20](#) entschieden, dass eine Nährwertkennzeichnung für ein zubereitetes Lebensmittel nur zulässig ist, wenn eine Zubereitung erforderlich **und** nur eine Form der Zubereitung möglich ist. Die Ausnahmebestimmung der Lebensmittel-Informationsverordnung, wonach die Nährstoffmengen auch nur je Portion oder je Verzehrseinheit angegeben werden können (Art. 31 Abs. 3 Unterabsatz 2 der Verordnung (EU) NR. 1169/2011 betreffend die Information der Verbraucher über Lebensmittel), gilt allein für Lebensmittel, bei denen eine Zubereitung erforderlich und die Zubereitungsweise vorgegeben ist. Im zugrundeliegenden Verfahren hat der Bundesverband der Verbraucherzentralen und Verbraucherverbände bemängelt, dass auf Müslipackungen von einem Hersteller aus Ostwestfalen nur auf der Schmalseite des Kartons die Nährwertkennzeichnung für 100 g des Müslis angegeben ist, während auf der Vorderseite (wie auch auf der Schmalseite) nur die Kennzeichnung für eine Portion, bestehend aus 40 g Müsli und 60 ml Milch mit Fettgehalt von 1,5 %, angegeben ist. Der EuGH führt in der Urteilsbegründung aus, dass es an der notwendigen Vergleichbarkeit der Angaben mit entsprechenden Lebensmitteln anderer Hersteller fehlt, wenn ein Lebensmittel wie im vorliegenden Fall auf unterschiedliche Weise zubereitet werden kann.

[EuGH-Urteil](#)



### **Konsultation zur Vereinfachung und Digitalisierung der Kennzeichnung von chemischen Produkten**

Am 24.11.2021 hat die Kommission eine öffentliche Konsultation zur Vereinfachung und Digitalisierung der Kennzeichnung von chemischen Produkten wie Klebstoffen, Wasch- und Geschirrspülmitteln sowie Düngemitteln eingeleitet. Mittels eines Fragebogens sollen die Meinungen insbesondere zu einer möglichen Einführung einer digitalen Kennzeichnung vieler Alltagsprodukte eingeholt werden, um den Verbraucherschutz weiter zu verbessern. Die Ergebnisse werden in die weiteren Überlegungen der Kommission zu Vorschlägen für eine Überarbeitung der Verordnung über die Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von Stoffen und Gemischen (sog. CLP-Verordnung – Verordnung (EG) Nr. 1272/2008) einfließen, die für das Jahr 2022 geplant sind. Bis zum 16.02.2022 ist eine Beteiligung möglich.

[Konsultation](#)

### **Kommission startet öffentliche Konsultation zur Überarbeitung von Hypothekarkrediten**

Am 22.11.2021 hat die Kommission eine Konsultation zur Überprüfung der europäischen Regelungen von Hypothekarkrediten veröffentlicht. Die EU-Vorschriften für Hypothekarkredite regeln Kredite an Verbraucher zum Erwerb von Wohnimmobilien, die als Sicherheit dienen. Bei der Überprüfung geht es darum, wie sichergestellt werden kann, dass die Verbraucher einfache, rechtzeitige und relevante Informationen erhalten, wie die Vorschriften an die digitale Welt angepasst werden können und die grenzüberschreitende Bereitstellung von Hypothekarkrediten gefördert werden kann. Zudem soll untersucht werden, wie der Verbraucherschutz bei wirtschaftlichen Verwerfungen wie der COVID-19-Pandemie gestärkt und die Nutzung von Hypothekarkrediten für die Erhöhung der Energieeffizienz gefördert werden kann. Bis 14.02.2022 können hierzu Stellungnahmen abgegeben werden. Ein entsprechender Vorschlag für eine Richtlinie ist für das 4. Quartal 2022 seitens der Kommission angekündigt (siehe hierzu Beitrag des StMJ in diesem EB).

[Konsultation](#)

### **Konsultationen zu Regelungen bezüglich EU-Referenzlaboratorien auf dem Gebiet der In-vitro-Diagnostik**

Am 19.11.2021 hat die Kommission Konsultationen zu Entwürfen von Durchführungsverordnungen in Bezug auf die Verordnung über In-vitro-Diagnostika (Verordnung (EU) 2017/746) veröffentlicht. Eine Konsultation beinhaltet den Entwurf zu Durchführungsbestimmungen in Bezug auf die Aufgaben und Kriterien der EU-Referenzlaboratorien auf dem Gebiet der In-vitro-Diagnostika. Die weitere Konsultation bezieht sich auf Regelung von Gebühren, die von EU-Referenzlaboratorien auf dem Gebiet der In-vitro-Diagnostik erhoben werden können, insbesondere zur Gebührenstruktur und zur Berechnung der Gebührenhöhe. Stellungnahmen können jeweils bis zum 17.12.2021 abgegeben werden.

[Konsultation zu Aufgaben und Kriterien](#)

[Konsultation zu Gebühren](#)



## STAATSMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN

---

### Aktueller Stand der GAP-Reform

Das Europäische Parlament (EP) hat am 23.11.2021 die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) final diskutiert und das Reformpaket mit knapp 70 % der Stimmen angenommen.

Im Anschluss ist die GAP, die zum 01.01.2023 in Kraft treten soll, noch vom Agrarrat anzunehmen. Erst dann können die Durchführungsbestimmungen (delegierte Rechtsakte und Durchführungsrechtsakte) verabschiedet werden. Sowohl der Agrarausschuss des EP als auch das Plenum müssen im Hinblick auf einen Teil der Rechtsakte dem sog. beschleunigten Verfahren zustimmen. Nur dann kann eine Veröffentlichung im Amtsblatt noch am 31.12.2021 erfolgen. Zum selben Datum sind bereits die Strategiepläne der MS vorzulegen.

Die Kommission hat eine Expertengruppe „Strategieplanverordnung“ eingerichtet, um die Durchführungsbestimmungen auf den Weg zu bringen. Sie diskutiert derzeit, ob in einem für die Mitgliedstaaten verpflichtend vorgeschriebenen Teil des Strategieplans die Zielerreichung des European Green Deal nachzuweisen ist. Die überwiegende Zahl der Mitgliedstaaten wollen am aktuellen Zeitplan festhalten. Einige Mitgliedstaaten fordern mehr Flexibilität bei der Einreichungsfrist für die Strategiepläne und dass die Kommission im Sekundärrecht nicht über die politischen Vereinbarungen im Basisrecht hinausgeht, und kritisierten den Mangel an Vereinfachung und Subsidiarität, die mit der Reform versprochen wurden.

[EP nimmt Reform der GAP endgültig an](#)

### Tagung Agrarrat

Die EU-Agrarminister trafen sich am 15.11.2021 in Brüssel. Wichtigste Tagesordnungspunkte waren die Annahme von Schlussfolgerungen zur EU-Waldstrategie für 2030 sowie ein Gedankenaustausch zur Marktlage landwirtschaftlicher Erzeugnisse.

In der Diskussion um die EU-Waldstrategie für 2030 brachten mehrere Minister ihre Sorge zum Ausdruck, die vorliegende Strategie würde die drei Dimensionen der nachhaltigen Forstwirtschaft (Ökonomie, Ökologie und Soziales) nicht gleichermaßen berücksichtigen und insbesondere den wirtschaftlichen Aspekt vernachlässigen. Weiter sei das Subsidiaritätsprinzip durch eine zu schwache Einbeziehung der Mitgliedstaaten in die Erarbeitung der Strategie gefährdet. Schließlich forderte der Rat die Kommission zu einer jährlichen Vorlegung von Aktualisierungen über die Umsetzung der Strategie auf.

Beim Gedankenaustausch zur Marktlage für landwirtschaftliche Erzeugnisse wurde auf die insgesamt gute Entwicklung des Agrar- und Lebensmittelmarktes hingewiesen. Es gäbe allerdings auch besorgniserregende Entwicklungen. So würden steigende Energie- und Futtermittelpreise die Landwirtschaftsbetriebe vor Probleme stellen. Insbesondere die Lage des Schweinefleischsektors wäre aufgrund der insbesondere in Osteuropa aktuell grassierenden Afrikanischen Schweinepest kritisch.



Weitere Tagesordnungspunkte waren ein Bericht über die zweite Konferenz zur Farm to Fork- Strategie vom 14./15.10.2021, Schwierigkeiten beim Umgang mit den Populationen von Braunbären und Wölfen oder ein Bericht über die EU-Woche der Bestäuber.

[Tagung Agrarrat](#)

[Ratsschlussfolgerungen zur EU-Waldstrategie 2030](#)

### **AGRI-Ausschuss diskutiert mit Vertretern der nationalen Parlamente GAP-Strategiepläne**

Der Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung des Europäischen Parlaments (AGRI) hat am 18.11.2021 die nationalen Strategiepläne zur Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) sowie die Neuerungen in der GAP ab 2023 im Rahmen einer außerordentlichen interparlamentarischen Sitzung mit Vertretern der nationalen Parlamente der Mitgliedstaaten diskutiert. Von deutscher Seite aus nahmen u. a. *Gitta Connemann* (CSU) für den Bundestag und *Till Backhaus* (SPD) für den Bundesrat teil.

Der slowenische Agrarminister *Jože Podgoršek* wies auf die zeitlichen und inhaltlichen Herausforderungen hin, vor denen die Regierungen der Mitgliedstaaten bei der Ausarbeitung der Strategiepläne stünden, und forderte insbesondere mehr Rechtssicherheit. Er erwarte von den nationalen Regierungen eine Einbeziehung aller Interessensvertreter sowie der breiten Öffentlichkeit.

Der knappe Zeitraum bis Ende des Jahres, der den Mitgliedstaaten noch zur Vollendung der Strategiepläne zur Verfügung steht, wurde in der darauffolgenden Aussprache mehrfach thematisiert, wobei von der Kommission Flexibilität bei der Frist zur Einreichung verlangt wurde, um eine adäquate Ausarbeitung nicht zu gefährden.

Differenzen zwischen den Rednern kamen bei der Bewertung des umweltpolitischen Aspekts der GAP-Reform auf. Während teilweise zu hohe Restriktionen für die Landwirte gefürchtet und Folgenabschätzungen der Kommission gefordert wurden, vertraten andere Redner den Standpunkt, der vorliegende Reformentwurf sei in dieser Hinsicht noch zu wenig ambitioniert und helfe nicht, den Klimawandel effektiv zu bekämpfen.

[Tagesordnung interparlamentarischen Agrarausschusssitzung](#) (in englischer Sprache)

[Teilnehmerliste der interparlamentarischen Agrarausschusssitzung](#) (in englischer Sprache)

### **Kommission nimmt Notfallplan für Lebensmittelversorgung und Ernährungssicherheit an**

Die Kommission hat am 12.11.2021 einen Notfallplan für die Lebensmittelversorgung und Ernährungssicherheit in Krisenzeiten angenommen. Unter dem Eindruck der Covid-19 Pandemie wurde die Bedeutung eines resilienten Agrarsektors und einer funktionierenden Lebensmittelnotversicherung offensichtlich. Neben Gesundheitskrisen zählt die Kommission auch die Auswirkungen des Klimawandels, Cyberbedrohungen oder geopolitische Verschiebungen zu den potenziellen Gefahren für die Lebensmittelversorgung, denen der Notfallplan vorbeugen soll.



Herzstück des Plans ist die Einrichtung eines Europäischen Mechanismus zur Krisenvorsorge und Krisenreaktion im Bereich der Ernährungssicherheit (EFSCM), einer Expertengruppe für alle Stufen der Lebensmittelkette. Diese soll in regelmäßigen Abständen zusammenkommen, im Notfall aber auch sehr kurzfristig reagieren können. Weiter zielt der Plan auf eine bessere Koordination aller öffentlichen und nicht-öffentlichen Akteure in der Lebensmittelversorgung ab.

[EU-Lebensmittelnotfallplan](#) (in englischer Sprache)

[Faktenblatt EU-Lebensmittel-Notfallplan](#) (in englischer Sprache)

### **Eröffnung des „Start-up Village Forums“**

Die Kommission hat am 16.11.2021 das erste „Start-up Village Forum“ eröffnet. Das jährlich stattfindende Forum soll Akteure des ländlichen Raums mit den europäischen Institutionen vernetzen, Einblicke in das Potential, aber auch die Herausforderungen für Start-up-Unternehmen auf dem Land gewähren und somit eine gezieltere Förderung für diese ermöglichen.

Das Forum ist Teil der Strategie der Kommission, eine langfristige Vision für die ländlichen Gebiete der EU bis 2040 zu entwickeln. So soll die Infrastruktur, die Digitalisierung, die Resilienz und die Nachhaltigkeit gestärkt und weitere Maßnahmen ergriffen werden, um den ländlichen Raum attraktiver für Mensch und Wirtschaft zu gestalten.

[European Start-up Village Forum](#) (in englischer Sprache)

[Eine langfristige Vision für die ländlichen Gebiete der EU bis 2040](#)

### **Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit bestätigt Notfallzulassungen für Neonicotinoide für 2020 und 2021**

Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) hat am 18.11.2021 insgesamt 17 Notfallzulassungen für die Anwendung neonicotinoidhaltiger Insektizide bei Zuckerrüben bestätigt, die elf Mitgliedsstaaten (u. a. Deutschland) in den Jahren 2020 und 2021 erteilt hatten.

Die EFSA kommt in ihren Bewertungen zu dem Schluss, dass in den vorliegenden Fällen die Notfallzulassungen begründet waren, da es keine alternativen Mittel oder Behandlungsmethoden geben würde oder aber das Risiko bestehen würde, dass Schädlinge gegenüber verfügbaren alternativen Mitteln resistent werden könnten.

2018 wurde der Einsatz der Neonicotinoide Imidacloprid, Thiamethoxam und Clothianidin im Außenbereich der EU verboten, da diese Stoffe nach Einschätzung der EFSA die Gesundheit von Bienen gefährden würden. 2020 wurde überdies die Zulassung für den Stoff Thiacloprid nicht verlängert, da die EFSA befürchtete, dieser könne das Grundwasser verschmutzen. 2020 wurde auf Bitten der Kommission ein Prüfungsverfahren der EFSA eingeleitet, ob die von den Mitgliedstaaten erteilten Notfallzulassungen aufgrund „einer anders nicht



abzuwehrenden Gefahr“ für Kulturpflanzen dennoch mit der EU-Pflanzenschutzmittelverordnung im Einklang stehen würden.

Umweltverbände wie das Pesticide Action Network Europe (PAN Europe) kritisierten die Entscheidung der EFSA. Die Organisation sprach in einer Stellungnahme von einem „Blankoscheck“, der es den Mitgliedstaaten ermöglichen würde, bestehende Regulierungen auszuhöhlen.

[EFSA bestätigt Notfallzulassungen für Neonicotinoide](#)

[Statement von PAN Europe zum Beschluss der EFSA](#) (in englischer Sprache)

[Bewertung der Notfallzulassung Deutschlands für thiamethoxamhaltige Pflanzenschutzmittel durch die EFSA](#)  
(in englischer Sprache)

### **Kommission veröffentlicht Entwaldungsinitiative**

Die Kommission hat am 17.11.2021 einen Vorschlag für eine Regulierung angenommen, die der weltweiten Entwaldung und Waldschädigung entgegenwirken soll.

Damit will man der globalen Abholzung von Wäldern entgegenwirken. So sollen die Produkte, die auf dem europäischen Markt erworben werden können, künftig Normen genügen, die garantieren, dass sie nicht zum weltweiten Entwaldungs- und Waldschädigungsprozess beitragen. Zu diesem Zweck hat die Kommission Herkunftsländer nach den in ihnen herrschenden Standards bezüglich Entwaldungspraktiken kategorisiert. Aber auch Unternehmen, die eine Zulassung ihrer Produkte in der EU anstreben, sollen verbindliche Sorgfaltspflichten auferlegt werden.

Mit Hilfe der neuen Vorschriften sollen auch die Treibhausgasemissionen und der Verlust an biologischer Vielfalt eingedämmt werden.

[Vorschlag Verordnung Entwaldung](#) (in englischer Sprache)

[Verordnung über entwaldungsfreie Produkte - Fragen und Antworten](#)

[Factsheet on Deforestation](#) (in englischer Sprache)

### **Neue Bodenstrategie der EU veröffentlicht**

Die Kommission hat am 17.11.2021 eine neue EU-Bodenstrategie veröffentlicht. Eine Reihe von rechtsverbindlichen sowie freiwilligen Maßnahmen soll dem Schutz, der Wiederherstellung und der nachhaltigen Nutzung der europäischen Böden dienen. Konkrete Ziele der Bodenstrategie sind dabei eine Erhöhung des Gehalts an organischem Kohlenstoff in landwirtschaftlich genutzten Böden, eine Bekämpfung der Desertifikation, eine Sanierung von geschädigten Flächen und Böden und die Überführung aller europäischen Bodenökosysteme in einen gesunden Zustand. Gemäß der Strategie sollen die europäischen Böden denselben Schutzstatus erreichen wie Wasser, Meeresumwelt und Luft. Bis Ende des Jahres 2023 soll eine Folgenabschätzung der Kommission erstellt und Konsultationen mit Stakeholdern und Mitgliedsstaaten



durchgeführt werden, sodass der Entwurf für ein neues Bodengesundheitsgesetz ausgearbeitet werden kann (siehe hierzu Beitrag des StMUV in diesem EB).

[EU-Bodenstrategie](#) (in englischer Sprache)



## STAATSMINISTERIUM FÜR FAMILIE, ARBEIT UND SOZIALES

### **Herbstpaket der Kommission 2022 zum Europäischen Semester**

Am 24.11.2021 hat die Kommission ihr Herbstpaket 2022 zum Europäischen Semester präsentiert (siehe hierzu Beitrag des StMFH in diesem EB). Das Paket umfasst u. a. den Entwurf eines gemeinsamen Beschäftigungsberichts. Die Analyse der Kommission legt dar, dass sich der Arbeitsmarkt zwar erhole, die Beschäftigung aber noch nicht wieder auf das Vorkrisenniveau zurückgekehrt sei. In Wirtschaftszweigen mit hoher Nachfrage mache sich gleichzeitig bereits ein Arbeitskräftemangel bemerkbar. Vor diesem Hintergrund würden aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen und insbesondere die Unterstützung beruflicher Umorientierungen an Bedeutung gewinnen. Zudem stellt der Bericht fest, dass die Sozialschutzsysteme dazu beigetragen hätten, die COVID-19-Krise ohne erhebliche Zunahme der Armutsrisiken oder Einkommensungleichheit zu bewältigen. Dennoch bestünden in vielen Ländern nach wie vor Lücken beim Sozialschutz, insbesondere bei atypischen Arbeitnehmern und Selbstständigen.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Vorschlag für einen gemeinsamen Beschäftigungsbericht](#) (in englischer Sprache)

### **Mindestlohnrichtlinie: Plenum des Europäischen Parlaments billigt Verhandlungsmandat des Beschäftigungsausschusses**

Das Europäische Parlament (EP) hat bei einer Plenarsitzung am 25.11.2021 ein vom Beschäftigungsausschuss vorgeschlagenes Mandat für Verhandlungen mit dem Rat der EU zur Mindestlohnrichtlinie gebilligt. Der Beschäftigungsausschuss will klare Leitlinie für angemessene Mindestlöhne setzen. Da mehr als 71 MdEP Einspruch gegen den Vorschlag erhoben hatten, musste eine Abstimmung über das Mandat auf die Tagesordnung des Plenums gesetzt werden. Bei den Verhandlungen im Rat der EU zeichnet sich unterdessen ab, dass die Mitgliedstaaten einen möglichst flexiblen europäischen Rechtsrahmen anstreben. Es wird erwartet, dass der Rat in der Formation „Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz“ (EPSCO) bei einer Sitzung am 06.12.2021 sein Mandat für die Verhandlungen mit dem EP (sogenannte Allgemeine Ausrichtung) festlegen wird.

[Pressemitteilung des EP](#) (in englischer Sprache)

### **Erasmus+: Fast 4 Mrd. € stehen für Projekte zur Förderung von Mobilität und Lernen bereit**

Die Kommission hat am 24.11.2021 die Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen zu Erasmus+ 2022 veröffentlicht. Mit einem aufgestockten Budget von fast 3,9 Mrd. € für das kommende Jahr sollen weiterhin Studienaufenthalte im Ausland gefördert werden, das Programm bietet beispielsweise aber auch Möglichkeiten der Lernmobilität in der Berufsbildung.



Informationen über die Ausgestaltung des Programms in den jeweiligen Bildungsbereichen stehen auf den [Seiten der Nationalen Agenturen in Deutschland](#).

[Pressemitteilung der Kommission](#)

### **Europäisches Solidaritätskorps: Kommission fördert Freiwilligentätigkeiten im Jahr 2022**

Die Kommission hat am 17.11.2021 die Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen für das Europäische Solidaritätskorps 2022 veröffentlicht. Öffentliche oder private Einrichtungen können Finanzmittel für Projekte beantragen, mit denen solidarische Betätigungsmöglichkeiten für junge Menschen geschaffen werden. Unterstützt werden Hilfen für Menschen in Not, aber auch Maßnahmen in den Bereichen Gesundheit und Umwelt. Für das Europäische Solidaritätskorps stehen im Jahr der Jugend 2022 insgesamt 139 Mio. € bereit. Über die Formalitäten und alle Einzelheiten des Programms informiert die [Deutsche Nationale Agentur](#) ausführlich.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

### **EU-Preis für Innovationsleistungen von Frauen zeichnet Vorbilder aus**

Die Kommission hat am 25.11.2021 auf dem Gipfeltreffen des Europäischen Innovationsrats in Brüssel die Trägerinnen des diesjährigen EU-Preises für Innovationsleistungen von Frauen bekanntgegeben. Mit der Auszeichnung will die EU das Bewusstsein dafür schärfen, dass mehr Innovatorinnen benötigt werden, und überall Vorbilder für Frauen und Mädchen schaffen. Es werden Unternehmerinnen aus der EU und den mit Horizont Europa assoziierten Ländern ausgezeichnet, die ein erfolgreiches Unternehmen gegründet und Innovationen auf den Markt gebracht haben.

Wie eine aktuelle Studie der Kommission zeigt, sind Frauen im Bereich Forschung und Innovation nach wie vor unterrepräsentiert (zu den Erkenntnissen des Berichts „She Figures 2021“ siehe Beitrag des StMWK in diesem EB).

[Pressemitteilung mit den diesjährigen Preisträgerinnen](#)

### **EuGH urteilt über finanzielle Abgeltung für nicht genommenen Urlaub**

In einem am 25.11.2021 veröffentlichten Urteil hat der EuGH festgestellt, dass die Arbeitszeitrichtlinie (Art. 7 Abs. 1 der Richtlinie 2003/88) in Verbindung mit dem in der Charta der Grundrechte der EU verbürgten Grundrecht auf bezahlten Jahresurlaub (Art. 31 Abs. 2 GRC) einer nationalen Vorschrift entgegenstehen, wonach eine Urlaubersatzleistung für das laufende letzte Arbeitsjahr nicht gebührt, wenn der Arbeitnehmer bzw. die Arbeitnehmerin das Arbeitsverhältnis ohne wichtigen Grund vorzeitig einseitig beendet. Die betreffende Vorschrift ist § 10 Abs. 2 des österreichischen Urlaubsgesetz.

[EuGH-Urteil](#)



### Kommission setzt Expertengruppe zur Zukunft des Sozialschutzes ein

Am 16.11.2021 hat eine neu eingerichtete hochrangige Expertengruppe zur Zukunft des Sozialschutzes und des Wohlfahrtsstaates in der EU zum ersten Mal getagt. Die 12-köpfige Gruppe soll bis Ende 2022 eine Vision für die Stärkung der europäischen Sozialschutz- und Sozialsysteme vorlegen. Die Vorsitzende *Anna Diamantopoulou*, ehemalige EU-Kommissarin für Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit, sagte zum Auftakt: „Die Aufgabe der hochrangigen Expertengruppe besteht darin, innovative Ansätze zur europaweiten Reform und Stärkung der Sozialsysteme vorzuschlagen, damit sie sich an sich wandelnde und immer anspruchsvolle Gegebenheiten anpassen können.“

[Pressemitteilung](#)



## STAATSMINISTERIUM FÜR GESUNDHEIT UND PFLEGE

---

### EMA empfiehlt Biontech-Impfung für Kinder ab 5 Jahren

Die europäische Arzneimittelbehörde EMA hat am 25.11.2021 die Zulassung des Corona-Impfstoffs von Biontech/Pfizer für Kinder ab fünf Jahren empfohlen. Wie die EU-Behörde in Amsterdam mitteilte, sei der zuständige Ausschuss für Humanarzneimittel zu dem Schluss gekommen, dass der Nutzen von *Comirnaty* bei Kindern im Alter von 5 bis 11 Jahren gegenüber den Risiken überwiege (insbesondere bei Kindern mit Erkrankungen, die das Risiko einer schweren COVID-19-Erkrankung erhöhen). Die finale Entscheidung der Europäischen Kommission gilt als Formsache.

[Pressemitteilung](#) (in englischer Sprache)

### ECDC warnt vor weiter steigenden Infektionszahlen und mahnt, Impflücken zu schließen

Am 24.11.2021 hat das Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) in seiner aktuellen Risiko-Analyse gewarnt, dass das Krankheitsrisiko in Europa durch die Delta-Variante weiter steigen und im Dezember und Januar sehr hoch sein dürfte. Es brauche sofortige nicht-pharmazeutische Maßnahmen (etwa Maskenpflicht oder Abstandsregeln), ein Schließen der Impflücke sowie schnellere Auffrischungsimpfungen.

[Pressemitteilung](#)

[Risikoanalyse des ECDC](#) (in englischer Sprache)

### Zertifikate aus Georgien, Moldawien, Neuseeland und Serbien anerkannt

Die COVID-Zertifikate aus Georgien, Moldawien, Neuseeland und Serbien werden in der EU unter den gleichen Bedingungen wie das digitale COVID-Zertifikat der EU akzeptiert. Diese am 15.11.2021 von der Kommission angenommene Entscheidung ist am 16.11.2021 in Kraft getreten. Gleichzeitig erklärten sich die Länder bereit, das digitale COVID-Zertifikat der EU für Reisen aus der EU in ihre Länder zu akzeptieren.

[Pressemitteilung](#)

### COVID-19: EMA erhält Zulassungsantrag für Lagevrio (Molnupiravir)

Die Europäische Arzneimittelagentur (EMA) hat mit der Prüfung eines Zulassungsantrags für das orale antivirale Arzneimittel Lagevrio (Molnupiravir) begonnen. Lagevrio, das von Merck Sharp & Dohme in Zusammenarbeit mit Ridgeback Biotherapeutics entwickelt wird, ist für die Behandlung von COVID-19 bei Erwachsenen bestimmt. Die EMA wird den Nutzen und die Risiken von Lagevrio innerhalb eines verkürzten Zeitrahmens bewerten und könnte innerhalb weniger Wochen ein Gutachten abgeben.



Lagevrio ist ein orales antivirales Arzneimittel, das die Fähigkeit von SARS-CoV-2 reduziert, sich im Körper zu vermehren.

[Pressemitteilung](#) (in englischer Sprache)

### EMA gibt Ratschläge zur Verwendung von Lagevrio (Molnupiravir)

Der Humanarzneimittelausschuss (CHMP) der Europäischen Arzneimittelagentur (EMA) hat am 19.11.2021 Ratschläge zur Anwendung von Lagevrio (auch bekannt als Molnupiravir oder MK 4482) zur Behandlung von COVID-19 herausgegeben. Das antivirale Arzneimittel, das derzeit in der EU nicht zugelassen ist, kann zur Behandlung von Erwachsenen mit COVID-19 eingesetzt werden, die keinen zusätzlichen Sauerstoff benötigen und ein erhöhtes Risiko haben, an einem schweren COVID-19 zu erkranken. Lagevrio sollte so schnell wie möglich nach der Diagnose von COVID-19 und innerhalb von fünf Tagen nach Beginn der Symptome verabreicht werden.

[Pressemitteilung](#) (in englischer Sprache)

### COVID-19: EMA beginnt mit Überprüfung von Paxlovid

Die Europäische Arzneimittelagentur (EMA) prüft derzeit verfügbare Daten zur Anwendung von Paxlovid (PF-07321332/Ritonavir), einer von **Pfizer** entwickelten **oralen Behandlung** von COVID-19. Die vorläufigen Ergebnisse deuteten darauf hin, dass Paxlovid das Risiko eines Krankenhausaufenthalts oder des Todes im Vergleich zu Placebo reduzierte, wenn die Behandlung innerhalb von drei oder fünf Tagen nach Beginn der Symptome verabreicht wurde. Paxlovid ist ein orales antivirales Arzneimittel, das die Fähigkeit von SARS-CoV-2 (das Virus, das COVID-19 verursacht) reduziert, sich im Körper zu vermehren. Die EMA beginnt mit dieser Überprüfung, um die nationalen Behörden zu unterstützen, die vor der Genehmigung für das Inverkehrbringen über die frühzeitige Verwendung von COVID-19 entscheiden können, beispielsweise in Notfallsituationen.

[Pressemitteilung](#) (in englischer Sprache)

### Novavax beantragt Zulassung von Impfstoff in der EU

Der US-Hersteller Novavax hat für seinen Corona-Impfstoff in dieser Woche eine Marktzulassung in der EU beantragt. Das Novavax-Produkt namens Nuvaxovid ist im Gegensatz zu den bisher zugelassenen Impfstoffen weder ein mRNA-Impfstoff noch ein Vektor-Impfstoff: Das Vakzin enthält winzige Partikel, die aus einer im Labor hergestellten Version des Spike-Proteins von Sars-CoV-2 bestehen. Die EMA will nun innerhalb weniger Wochen über den Antrag entscheiden.

[Pressemitteilung](#) (in englischer Sprache)



### **EMA prüft die Zulassung des COVID-19 Medikaments Xevudy**

Die Europäische Arzneimittelagentur hat am 18.11.2021, bekannt gegeben, dass sie eine Zulassung des COVID-19-Medikaments Xevudy (sotrovimab) prüft. Das Mittel ist ein sogenannter monoklonaler Antikörper, mit dem Erwachsene und Jugendliche behandelt werden könnten. Antragsteller ist GlaxoSmithKline Trading Services Limited, das das Arzneimittel zusammen mit Vir Biotechnology entwickelt hat.

Xevudy ist für die Behandlung von Erwachsenen und Jugendlichen mit COVID-19 bestimmt, die keine zusätzliche Sauerstofftherapie benötigen und bei denen ein erhöhtes Risiko besteht, einen schweren Verlauf zu haben.

[Pressemitteilung](#) (in englischer Sprache)

### **Rückgang beim Gesamtverbrauch von Antibiotika**

Die neuesten Daten des Europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) zeigen einen Rückgang des Gesamtverbrauchs von Antibiotika beim Menschen um mehr als 15 % zwischen 2019 und 2020. Dies war in den meisten Mitgliedstaaten der EU/des EWR zu beobachten, vor allem in der Primärversorgung, und ist höchstwahrscheinlich eine Folge der COVID-19-Pandemie. Dennoch teilte das ECDC am 18.11.2021 mit, dass das Niveau der antimikrobiellen Resistenz (AMR) für mehrere wichtige Kombinationen von Bakterienarten und antimikrobiellen Gruppen weiterhin hoch ist, wobei die höchsten Prozentsätze im Allgemeinen von Staaten im Süden und Osten Europas gemeldet werden.

[Pressemitteilung](#) (in englischer Sprache)

### **Rat setzt Indonesien auf die Liste der Länder, für die die Reisebeschränkungen aufgehoben werden sollten**

Der Rat hat am 18.11.2021 beschlossen, Indonesien auf die Liste der Länder zu setzen, für die die Reisebeschränkungen im Zusammenhang mit der COVID-19 Pandemie aufgehoben werden sollen. Auf dieser Liste befinden sich nunmehr neben Indonesien noch 18 weitere Staaten darunter etwa Australien, Neuseeland, Kanada und die Volksrepublik China (vorbehaltlich der Bestätigung der Gegenseitigkeit der Maßnahme). Die Entscheidung des Rates ist allerdings nicht rechtsverbindlich; für die Umsetzung der Empfehlung sind die einzelnen Mitgliedsstaaten zuständig.

[COVID-19-Pandemie: Rat setzt Indonesien auf die Liste der Länder, für die die Reisebeschränkungen aufgehoben werden sollten](#)

### **Kommission veröffentlicht Strategieplan zur Umsetzung ihres Krebsbekämpfungs-Plans**

Die Kommission hat am 17.11.2021 einen Strategieplan zur Umsetzung ihres Krebsbekämpfungs-Plans vorgelegt. Demnach sollen bis 2025 eine Reihe von Maßnahmen u. a. in den Bereichen Früherkennung,



Aufklärung, Konsumverhalten sowie einem gleichberechtigten Zugang aller EU-Bürgerinnen und Bürger zu Diagnostik und Behandlung umgesetzt werden. Leitinitiativen stellen dabei etwa das bereits im Juni ins Leben gerufene Wissenszentrum für Krebs, die Einrichtung eines Registers der Ungleichheiten in der Krebsbekämpfung oder die Errichtung eines EU-weiten Netzes von Krebszentren dar. Weiter soll der schädliche Alkoholkonsum bis 2025 um 10 % reduziert werden und der Anteil der Raucherinnen und Raucher an der Gesamtbevölkerung bis 2040 sogar unter die 5 %-Marke fallen.

[Strategieplan zur Umsetzung des Krebsbekämpfung-Plans der Kommission](#) (in englischer Sprache)

[Europäischer Plan zur Krebsbekämpfung](#)

### Europäisches Parlament legt Standpunkt zu grenzüberschreitenden Gesundheitsgefahren fest

Das Europäische Parlament (EP) beschloss am 14.09.2021 und 11.11.2021 Abänderungen zu dem Vorschlag für eine Verordnung des EP und des Rates zu schwerwiegenden grenzüberschreitenden Gesundheitsgefahren. Der Gegenstand wurde zu interinstitutionellen Verhandlungen an dem zuständigen Ausschuss zurücküberwiesen.

[Abänderungen des EP zum Vorschlag vom 14.11.2021 und 11.11.2021](#)

### Europäische Arzneimittel-Agentur gibt grünes Licht für zwei neue COVID-19-Therapeutika

Die Europäische Arzneimittel-Agentur (EMA) hat am 11.11.2021 die Zulassung der COVID-19-Therapeutika **Ronapreve** des Schweizer Pharmaunternehmens Roche und **Regkirona** des Herstellers Celltrion aus Südkorea empfohlen. Beide Arzneimittel werden in frühen Stadien der Infektion eingesetzt und beruhen auf antiviralen monoklonalen Antikörpern. EU-Gesundheitskommissarin *Stella Kyriakides* erklärte: „Die Mitgliedstaaten können über unseren Vertrag bereits heute 55.000 Behandlungsdosen von Ronapreve beziehen. Die EMA prüft derzeit sechs weitere Arzneimittel, die rasch zugelassen werden können, sofern die endgültigen Daten ihre Qualität, Sicherheit und Wirksamkeit belegen.“

[Pressemitteilung der Kommission](#)



## STAATSMINISTERIUM FÜR DIGITALES

### Gesetz über Digitale Märkte: Positionen des Rates und des Parlaments angenommen

Die zuständigen Minister haben beim Wettbewerbsfähigkeitsrat am 25.11.2021 einstimmig eine Allgemeine Ausrichtung zum Gesetz über digitale Märkte (Digital Markets Act, DMA) beschlossen. Im Europäischen Parlament (EP) hat der federführende Ausschuss bereits am 22.11.2021 eine Position zum DMA angenommen, die voraussichtlich im Dezember vom Plenum bestätigt werden wird. Der DMA enthält eine Reihe von Geboten und Verboten für sogenannte Torwächter auf digitalen Märkten. Ziel ist ein offenerer und fairerer Wettbewerb. Das EP will mit seiner Position u. a. Torwächter zu mehr Interoperabilität verpflichten. Die mögliche Höhe zu verhängender Geldbußen wurde verdoppelt. Der Rat will mit seiner Position das Verhältnis zwischen DMA und nationalen Rechtsvorschriften sowie die Zusammenarbeit und Koordinierung zwischen der Kommission und den Mitgliedstaaten beim Vollzug klarstellen. In einem nächsten Schritt müssen Rat und EP in Verhandlungen zum DMA treten und untereinander zu einem Kompromiss gelangen, damit die Verordnung verabschiedet werden kann (siehe hierzu Beitrag des StMWi in diesem EB).

[Pressemitteilung des EP](#) (in englischer Sprache)

[Webseite zur Tagesordnung des Rates für Wettbewerbsfähigkeit](#) mit weiterführenden Links

### Gesetz über Digitale Dienste: Allgemeine Ausrichtung des Rates angenommen

Die zuständigen Minister haben beim Wettbewerbsfähigkeitsrat am 25.11.2021 einstimmig eine Allgemeine Ausrichtung zum Gesetz über digitale Dienste (Digital Services Act, DSA) beschlossen. Mit dem DSA sollen Verhaltenspflichten für Anbieter digitaler Dienste wie z. B. Online-Marktplätze und Soziale Medien vereinheitlicht werden. Die Pflichten der Anbieter sind nach Art des Dienstes und Reichweite gestaffelt und regeln z. B. das Vorgehen gegen illegale Inhalte. Im Mittelpunkt der Beratungen des Rats zum DSA standen die Pflichten für Online-Marktplätze, die Pflichten im Allgemeinen sowie die Durchsetzung und Durchsetzbarkeit der künftigen Verordnung, insbesondere im Hinblick auf die Pflichten für sehr große Online-Plattformen und sehr große Online-Suchmaschinen. Der zuständige Ausschuss im Europäischen Parlament (EP) soll am 09.12.2021 über die Position des EP zum DSA abstimmen. Anschließend müssen Rat und EP in Verhandlungen zum DSA treten und untereinander zu einem Kompromiss gelangen, damit die Verordnung verabschiedet werden kann.

[Webseite zur Tagesordnung des Rates für Wettbewerbsfähigkeit](#) mit weiterführenden Links

### Index für die digitale Wirtschaft und Gesellschaft und eGovernment Benchmark 2021 veröffentlicht

Die Kommission hat am 12.11.2021 den **Index für die digitale Wirtschaft und Gesellschaft (DESI) 2021** veröffentlicht, mit dem die Fortschritte der Mitgliedstaaten in den Bereichen Humankapital, Breitbandanbindung, Integration digitaler Technik in Unternehmen und digitale öffentliche Dienste verfolgt werden. [Deutschland](#)



rangiert insgesamt an 11. Stelle. Im Bereich Humankapital schneidet Deutschland bei fast allen Indikatoren im EU-Vergleich überdurchschnittlich gut ab. Auch im Bereich Konnektivität ist Deutschland im EU-Vergleich überdurchschnittlich. Im Bereich „Integration digitaler Technik in Unternehmen“ wird Deutschland durchschnittlich bewertet. Bei den digitalen öffentlichen Diensten steht Deutschland an 16. Stelle. Vorreiter in der DESI-Bewertung sind Dänemark, Finnland und Schweden. Gleichzeitig veröffentlichte die Kommission auch den [eGovernment benchmark 2021](#). Darin werden Anwenderfreundlichkeit, Transparenz, Key-Enabler und grenzüberschreitende Angebote digitaler öffentlicher Dienste bewertet. Die höchsten Punktzahlen erhielten Malta und Estland. Deutschland rangiert auf Platz 24 von 36 teilnehmenden Staaten (neben EU-Mitgliedstaaten auch Albanien, Island, Mazedonien, Norwegen, Schweiz, Türkei).

[Webseite zum DESI](#) (in englischer Sprache) mit weiterführenden Links

### **Konsultation zur Überarbeitung der Leitlinien für staatliche Beihilfen für Breitbandnetze**

Am 19.11.2021 hat die Kommission eine öffentliche Konsultation zur geplanten Überarbeitung der Leitlinien für staatliche Beihilfen für Breitbandnetze gestartet. Alle Interessenträger sind eingeladen, bis spätestens 11.02.2022 zu den vorgeschlagenen Änderungen Stellung zu nehmen (siehe hierzu Beitrag des StMFH in diesem EB).

[Kommissionsinitiative zur Überarbeitung der Leitlinien für staatliche Beihilfen für Breitbandnetze](#) (in englischer Sprache)

[Entwurf der Leitlinien für staatliche Beihilfen für Breitbandnetze](#) (in englischer Sprache)